



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Nr. 11 – Januar 2012

Inhalt

EDITORIAL	02
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Referat: Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?	03
Referat: Zur Kriegsgefahr heute	05
Wozu braucht es die neue Konzeption der Reserve?	11
Occupy! – Ja was denn eigentlich?	13
Arbeitszwang und Kriegswirtschaft	15
Pleiten, Pech und Pannen	19
Aktionsbericht zum Tag der Pioniere	24
MATERIAL zum Notstand der Republik	25
Flugblatt „Eine Frage von Krieg und Frieden“	26
Flugblatt zur Zivilklausel in Marburg	28
Flugblatt der FDJ Bremen zum 1. September	29

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- „die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum
- den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden
- und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“*

Wir zogen daraus folgenden Schluss: „Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?

Nun haben wir viel erfahren über die verbrecherische Vergangenheit von Blohm+Voss, wie sich daran bis heute nicht viel verändert hat und vor allem darüber, wie es heute mit der Kriegsgefahr steht.

Das sind die Gründe, wegen denen wir diese Aktion 2010 gemacht haben. Und ein bisschen haben wir ja auch erreicht. Weniger durch die Aktion, als viel mehr durch den Fehler von Blohm+Voss es zu wagen uns dafür anzuklagen. Dadurch konnten wir diese Inhalte einem größeren Kreis von Menschen zugänglich machen und vielleicht den einen oder anderen überzeugen. Aber das ist nicht mal der wirkliche Erfolg dieser Aktion.

Die Aktion fand im Rahmen unseres 4. Jugendaktivistentreffen statt, auf dem wir uns auch inhaltlich mit der Weltwirtschaftskrise, der daraus resultierenden Kriegsgefahr und dem Umbau der Bundeswehr beschäftigt haben.

Dort haben wir unter anderem festgestellt:

Solange der Kapitalismus ist, solange ist die Ursache des Kriegs nicht überwunden. Solange er herrscht, birgt er die Kriegsgefahr in sich. Erbittert kämpfen die verschiedenen nationalen kapitalistischen Gruppen. „Und dieser wirtschaftliche Zusammenstoß führt mit Notwendigkeit zuletzt zu einem Zusammenstoß der politischen und militärischen Waffen – zum Kriege“.

Das es so ist, hat der Kapitalismus in seiner Geschichte oft genug bewiesen. Das uns gerade jetzt diese Geschichte mit rasender Geschwindigkeit einholt, ist Fakt. Die Weltwirtschaftskrise hat nicht nur die Weltökonomie, sondern auch den Weltfrieden erschüttert und wieder ist es Europa, wo sich die Widersprüche am schärfsten zuspitzen.

Vor gerade mal einem Monat sagte Angela Merkel im Zusammenhang mit der Euro-Rettung im Bundestag: „Zum Schluss ein persönliches Wort: Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht.“ Und dabei sollten wir nicht vergessen, welche Armut und wie viele kleine Kriege sie damit noch als selbstverständlich bezeichnet.

Derjenige, der davon alles nichts wissen will, hat schon resigniert. Wir, also solche, die hier sitzen, könnten bei solchen Aussichten und umzingelt von soviel Desinteresse es leicht mit der Angst zutun bekommen. Wir sind so schwach und der Gegner so mächtig, die Lage so ernst und ein Ausweg so utopisch.

Aber wie mächtig ist unser Gegner eigentlich? Das haben wir uns etwas verwundert gefragt, als wir vor einem Jahr so ganz und gar unbehelligt, bewaffnet mit einem Riesentransparent und zwei roten Fahnen über das Gelände, eines der größten deutschen Rüstungsproduzenten, spaziert sind. Ein Gelände,



„das landseitig durch einen 2,5 Meter hohen Metallzaun mit Übersteigenschutz (Y-Stacheldraht) eingefriedet ist“, wie es in der Anklage steht.

Gut, als dann die Strafbefehle kamen und wir diese hohen Summen gesehen haben, sind wir etwas erschrocken. Wir neigten sogar dazu unsere Niederlage gegen Staat und Kapital hinzunehmen und zu zahlen. Das wir nach Eingang des ersten Strafbefehls nur zwei Wochen Zeit zum Überlegen hatten, hat uns die Sache nicht gerade erleichtert, dass wir von Regensburg bis Bremen auf fünf Städte verteilt wohnen auch nicht. Wir haben es dann aber doch geschafft uns in einer Stadt zu treffen. Dort haben wir dann nach längerer Diskussion beschlossen nicht zu zahlen und vor Gericht zu gehen, um Blohm+Voss anzuklagen. Wir haben mehr damit gerechnet, dass uns das noch teurer zu stehen kommt und deswegen zwei Genossen davon ausgenommen. Aus „taktischen“ Gründen. Nun haben wir selber am meisten dabei gelernt, in erster Linie mal, dass das ein Fehler war, der uns übrigens verhältnismäßig teuer zu stehen gekommen ist. Aber auch grundsätzlich: Niemals zurück schrecken! Da wo der Staat angreift: Zurückschlagen! Keine Zugeständnis machen! Wir können nur gewinnen, wenn wir kämpfen!

Denn so mächtig ist der Gegner gar nicht. Eine Rüstungswerft, die sich nicht gegen das Eindringen von ein paar dahergelaufenen Jugendlichen schützen kann und ein Richter der auf einen höflichen Applaus eines kleinen Publikums nicht klar kommt. Ja, eine ganze herrschende Klasse, die sich auf nichts mehr stützen kann, außer Gewalt und Zerstörung und ein System, das den ganzen Tag mit nichts anderem mehr beschäftigt ist, als seinen eigenen Untergang hinauszuzögern.

Einige Menschen hegen noch die Hoffnung, dass es mit dem Kapitalismus noch mal bergauf gehen könnte, dass diese Weltwirtschaftskrise irgendwann vorbei sein wird, die Finanzmärkte reguliert werden könnten, die Staatsschulden getilgt und der Frieden erhalten bleibt. Nichts davon wird eintreten! Jeden Tag, den wir verstreichen lassen, werden mehr Fabriken und Ressourcen vernichtet, jeden Tag sterben 18.000 Kinder an Hunger, jeden Tag rückt der Krieg der Großmächte näher, jeder Tag stellt die Frage konkreter: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei! Und es gibt keinen „3. Weg“. Also Sozialismus! Also das, woran die vorangegangenen Generationen in einem Drittel der Welt, vor gerade Mal zwei Jahrzehnten so gründlich gescheitert sind, das ist unser einziger Ausweg.

Die Fehler, die dazu führten, sind kein Argument gegen den Sozialismus, sondern unsere besten Argumente für den Sozialismus, da wir sie berichtigen können. Für die Abschaffung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Für das Verschwinden der Teilung in Arm und Reich. Dafür, dass Krieg und Vernichtung verschwinden. Dafür, dass die Menschheit den Sprung vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit macht.

Dass man auch etwas tun muss dafür, das wissen wir. Dass es aber nicht die „Massen“ sind, die beginnen, etwas zu tun, das sollten wir auch wissen. Es waren zwanzig Delegierte aus

dreizehn Ländern, die sich am 20. November 1919 in einem Hinterzimmer eines Lokals in Berlin Neukölln trafen, um dort den Gründungskongress der Kommunistischen Jugendinternationale zu eröffnen und sich dabei als Mitglieder eines Taubenzüchtervereins ausgeben mussten. Es waren schon 6.000, als am 16. und 17. April 1927 in Hamburg der Reichsjugendtag stattfand, bei dem unter anderem eine „Große Hafen Runde“ auf dem Plan stand. Es waren 300, die 1923 einen Kampf um das Allernötigste, einen Kampf um das Brot begannen. Es waren diese 300, die erreichten, dass „die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrunds“ (Ernst Thälmann in seinem Tagebuch) sahen. Das war auch in Hamburg.

„Die Zukunft gehört der Jugend, das ist richtig. Das gilt ganz besonders für die werktätige, für die Arbeiterjugend. Sie kann entweder zum Amboss werden, der passiv die Schläge des Lebens erträgt, oder zum Hammer, der freudig eine neue Gesellschaftsordnung gestaltet.“ (Sergej Tjulanow)
Den Hammer – den sollten wir in die Hand nehmen. Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Aber wo kann man anfangen, was kann man tun? Dazu hier zwei Vorschläge. Denn eines wollten wir mit dem Transparent an der Blohm+Voss Werft auch erreichen, nämlich auf eine internationale Antikriegsaktion aufmerksam machen. „Klassenkampf statt Weltkrieg“ war da zu lesen. Diese Bündnisaktion hat stattgefunden vom 08. bis zum 22. Mai diesen Jahres. Dabei sind wir mit fünf historischen LKWs, auf denen eine Darstellung gegen den deutschen Kriegskurs zu sehen war von Berlin, durch die annektierte DDR, über Prag durch die Tschechische Republik, bis nach Gdansk durch die Republik Polen und wieder zurück nach Berlin gefahren. Zusammen mit tschechischen und polnischen Unterstützern haben wir auf die Kriegsgefahr durch den deutschen Imperialismus aufmerksam gemacht und dabei viel Aufsehen erregt. Deswegen werden wir diese Aktion fortsetzen, konkret mit einer internationalen Veranstaltung am 12. Mai 2012 in München und dann mit weiteren Aktionen in allen vier Ländern. Dabei sind alle eingeladen sich zu beteiligen, Material liegt hier aus.

Aber auch ganz konkret hier in Hamburg ist es mit dem einen Prozess nicht getan, in jedem Fall steht noch ein Prozess vor dem Landesgericht an. Nämlich der von Tanja, die eben vor mir gesprochen hat, sie wurde nämlich im Gegensatz zu uns drei zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, gegen die sie Einspruch erhoben hat. Für ihren Prozess werden wir eine noch größere Unterstützung benötigen und wir hoffen, dass wir dabei auch auf eure Unterstützung zählen können. [Evtl. konkrete Vorschläge in Richtung einer Solidaritätsgruppe.]

Zum Schluss noch ein Zitat aus den Erinnerungen von der Frau Ernst Thälmanns, die notiert hat:

„Immer ging der Weg nach dem Freihafen, bis an die St. Pauli Landungsbrücken und den Elbtunnel. Immer wieder schaute er auf das Treiben im Hafen ... Er schaute aber auch auf die gegenüberliegende Seite, auf die Werften von Blohm & Voss, ... und sagte: ‚Das alles wird einmal den Arbeitern gehören.‘“

Wir haben dieses Vermächtnis zu erfüllen.

Julia

Zur Kriegsgefahr heute

So nun kommen wir zu heute, zu dem also was da auf dem Transparent, das da an der Werft hing, geschrieben stand. Das hat nämlich auf den ersten Blick mit Blohm+Voss nicht so viel zu tun scheint es. Zumindest stand da nicht Blohm+Voss ist einer der weltgrößten Rüstungsproduzenten, hat sich an allen bisherigen Kriegen nen goldenen Hintern verdient und profitiert immer noch. Das macht B+V zu einem Verbrecher und den müssen wir stoppen. Das stand da eben nicht, sondern da stand: Unsere Zukunft ist nicht Krise Krieg und Barbarei – Klassenkampf statt Weltkrieg – Für die internationale Solidarität... Kurz gesagt da wurde nicht die Rüstung verurteilt, sondern vor dem gewarnt, was mit Rüstung in der Regel angefangen wird. U-Boote werden schließlich in den seltensten Fällen als Wochenendausflugsboote genutzt. Und um es noch deutlicher zu sagen, wurde auf dem Transparent vor einem drohenden Weltkrieg gewarnt.

Wie kommen wir dazu zu warnen?

General von Clausewitz, kein Linker, bestimmt nicht, das war ein preußischer Militarist, der heute noch in der Militärschule gelehrt wird, der hat mal gesagt: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Ich finde das deswegen wichtig, weil das heißt, dass im Fall des Krieges nicht die Politik an sich geändert wird, sondern nur das Mittel um die gleiche Politik durchzusetzen. Das heißt, Krieg wird dann nötig, wenn mit nicht-Krieg die Ziele nicht mehr erreicht werden können. Deswegen beschließt auch niemand „ich will Krieg machen“ und jeder bekommt mit und kann sich überlegen, ob er dafür oder dagegen ist, sondern er wird zur Durchsetzung der Interessen nötig, also wird er geführt. Brecht fasste das so zusammen: „Die Kapitalisten wollen den Krieg nicht, sie müssen ihn wollen.“

Wenn wir also von einer Kriegsgefahr heute sprechen, dann gehen wir davon aus, dass die derzeitige Politik nicht mehr lange mit scheinbar friedlichen Mitteln weitergeführt werden kann, also dass die Akteure ihre Interessen nicht mehr ohne Krieg verfolgen können.

Um die Kriegsgefahr zu beurteilen muss man sich also sehr genau ansehen, wer verfolgt welche Interessen und lassen diese sich weiter verfolgen mit den herkömmlichen Mitteln?

Wer jetzt allerdings hier von mir einen Nachweis erwartet: in 417 Tagen bricht hier ein Krieg von Land x gegen Land y aus, aus dem ein dritter Weltkrieg erwächst, der wird enttäuscht werden, der kann eigentlich wieder nach Hause gehen, so einen Nachweis kann ich nicht liefern. Ich kann nur erzählen wann die Gefahr eines Krieges besonders groß ist und ob wir uns in so einer Zeit befinden oder nicht.

So und jetzt möchte ich das Ganze mal konkret machen und sagen, dass es uns nicht um die USA oder den Iran oder wen auch immer geht, sondern um Deutschland, und die Gefahr die von Deutschland ausgeht, weil es deutsche Interessen durchsetzen möchte.

Und noch eine Sache der Einfachheit wegen. Wenn ich von

Deutschland spreche, meine ich immer den deutschen Imperialismus oder das größer gewordene Deutschland, aber Himmel das verlängert die Sache unglaublich, deswegen Deutschland.

Deutsche Interessen haben sich tatsächlich in der Zeit seines Bestehens nicht großartig verändert. Tatsächlich lassen sich die meisten heute formulierten Ziele für Deutschland schon nachlesen in Schriften Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Insbesondere die Idee eines vereinigten Europas, ist eine zutiefst deutsche Idee, mit einer gewissen Tradition. Die Tradition liegt in erster Linie darin, dass dieses vereinte Europa ein Europa unter deutscher Führung sein muss.

Ich les euch jetzt ein paar Textstellen vor aus einem etwas längeren Dokument. Welches, verrate ich im Anschluss:

1. „Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung.“

2. „Es muss die Aufgabe der neuen europäischen Ordnung sein, die Ursachen zu beseitigen, die in der Vergangenheit zu innereuropäischen Kriegen Anlass gegeben haben. Die Zeit der europäischen Binnenkriege muss beendet werden und der europäische Partikularismus überwunden werden.“

3. „Es muss der Grundsatz gelten, dass einem Angriff auf Europa die solidarische Abwehr der europäischen Völker entgegengesetzt wird. Die militärischen Kräfte der europäischen Völker sind insofern als eine Einheit anzusehen und aufeinander auszurichten.“

4. „Es ist anzunehmen, dass der Zusammenschluss Europas zu einer Verteidigungsgemeinschaft die Wahrscheinlichkeit von Angriffen auf den Kontinent wesentlich verringern würde.“

Hört sich bekannt und nicht sonderlich spektakulär an, oder? Aber jetzt kommt die Auflösung:

„Die Führung der Achsenmächte in Europa ist eine Tatsache, die sich aus den politischen Gegebenheiten von selbst ergibt.“

Das alles ist nämlich kein Entwurf der römischen Verträge, oder eine Schrift in Reaktion auf die Deutsche Einheit, sondern das ist ein Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ von Joachim von Ribbentrop vom 9. September 1943

Und es zeigt, die Faschisten waren mit ihren Europaplänen gar nicht so weit weg von dem was heute ist. Bzw. eigentlich muss man sagen, das was heute ist, ist gar nicht so weit weg von dem was schon die Faschisten wollten. Und die CDU CSU spricht auch aus warum.

Das ist nun aus einem Papier von 1994 überschrieben mit: „Überlegungen zur europäischen Politik“

„Deutschland hat auf Grund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte ein besonderes Interesse, ein Auseinanderdriften Europas zu verhindern, durch das es in seine alte Mittellage zurückversetzt würde.“ „Die militärische, politische und moralische Katastrophe 1945... führte vor allem zu der Überzeugung, dass Sicherheit nur durch eine grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems gewon-



nen werden kann“ „Eine Alternative zu diesem außergewöhnlich stabilen und erfolgreichen Nachkriegssystem gab es für Deutschland nicht, weil infolge der Ost-West-Konfrontation und wegen seines totalen Niedergangs 1945 die Option einer eigenständigen Ostpolitik oder gar einer Ostorientierung nicht bestand.“

Und auch hier die Aufklärung, wie das von Statuen gehen soll: „Nach der Wiedervereinigung Deutschlands und – was in diesem Zusammenhang noch wichtiger ist – nachdem der Osten als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt ist... stellt sich die alte Frage nach der Eingliederung der Stärke Deutschlands in die europäische Struktur, in neuer, ja in ihrer eigentlichen Bedeutung.“

Wir sehen, der Wunsch nach einem Einigen Europa geht Hand in Hand mit dem Willen darin der Stärkste zu sein und die Führung zu übernehmen. Deutschland, wie Strauss einmal sagte, „ein ökonomischer Riese und ein politischer Zwerg“, immer zu kurz gekommen, wenn es um die Verteilung der Welt ging, hat schon immer gewusst, dass es in seinen Grenzen ein Zwerg bleiben wird. Mit Europa im Rücken sieht die Welt ganz anders aus. Und wie man sich Europa beschafft, das ist die Politik, die Deutschland schon sehr lange betreibt und wo Krieg immer wieder das geeignete Mittel ist. Und zwar nicht um bei Europa zu bleiben, sondern um den Weg nach Osten zu erleichtern. Dazu werde ich später noch was sagen, aber jetzt bleiben wir vorerst bei Europa.

Jahrzehntlang war Deutschland mit diesen Zielen dennoch der europäische Musterschüler. Immer zurückhaltend, selten im

offenen Widerspruch zur Gemeinschaft. Die Politik lief im Hintergrund und funktionierte gut, da die Idee vom vereinten Europa, natürlich immer den Glauben mit sich brachte, wenn alle gleichberechtigt zusammen arbeiten, kann keiner ausbrechen und der Stärkste werden. Da stehen dann alle anderen und halten ihn auf. Das war insbesondere die Motivation Frankreichs für die Kräftigung der EU. Und es gab ja auch lange Zeit nichts was dem offensichtlich widersprach. Aber gerade durch Europa lernte Deutschland wieder laufen und seine Interessen verfolgen. Am deutlichsten wurden die deutschen Bestrebungen, nach der Einkassierung der DDR, vermutlich mit dem Lissabonner Vertrag.

Das war der erste offene unverhohlene Versuch die deutsche Führung in Europa zu etablieren. Vielleicht erinnert ihr euch, das sollte eigentlich eine Europaverfassung werden. Die ist aber 2005 gescheitert an den Referenden der Niederlande und Frankreich. Unter anderem weil dort eine andere Stimmengewichtung eingeführt werden sollte. Das Prinzip der doppelten Mehrheit bei Abstimmungen. Das heißt bei einer Abstimmung müssen 55% der Mitgliedstaaten mit 65% der Bevölkerung für ja stimmen, dann ist die Abstimmung gewonnen. Für ein Bevölkerungsreiches Land wie Deutschland aus dessen think-tanks die Vorschläge für diese Verfassung stammten, das allein schon mehr als 10% der Bevölkerung von Europa stellt, gar kein Problem, für andere eine fast unüberwindbare Hürde. Das und noch einiges mehr in den Vorschlägen, die im Endeffekt in allen wesentlichen Punkten doch im Lissabonner Vertrag übernommen wurden, führte zu den ersten offenen Reaktionen

gegen die neue deutsche Stärke, die durch Europa irgendwie doch nicht gezügelt sondern noch befördert wurde. Wie gesagt, immer abgesehen von der Annexion der DDR.

Denn es stellte sich natürlich die Frage, wem solche Regelungen nützen? Nicht den kleinen Mitgliedstaaten.

Die US-amerikanische Strategie-Denkfabrik stratfor hat das ganz gut beschrieben wem das bisher genutzt hat. Ich zitiere jetzt aus einer Zusammenfassung von German-foreign-policy vom 26.07.11: „Wie Stratfor urteilt, habe kein Staat „mehr von Europa profitiert als Deutschland“. Die Eurozone bilde dabei für die deutschen Eliten das Vehikel, mit dem sie auf der „globalen Bühne“ agieren könnten - „ohne die Wiederbelebung des Militärs, die in Europa Panik verbreitet“ hätte.

Das ist wichtig, jede offene Aggression hätte vermutlich lange dafür gesorgt, dass es schnell in seine Schranken gewiesen worden wäre, zu nahe war der zweite Weltkrieg noch. Und Deutschland wiederum, hatte lange Jahre weder die ökonomische, noch die militärische Macht dem etwas entgegensetzen. Also übte es sich vordergründig in Diplomatie und ging immer nur so weit, dass man in Europa dachte, na gut, das halten wir noch unter Kontrolle. Und tatsächlich keine Panik und deswegen bisher auch kaum Beschwerden. Angesichts der Krise und jetzt komme ich langsam zum Heute, wo ich ja behaupte die herkömmlichen Mittel reichen bald nicht mehr, hat sich erstens die Rolle Deutschlands in Europa geklärt, bzw. welche Rolle Deutschland Europa zugedacht hat. Und zweitens, dass es bereits so stark ist, dass ihm nun kaum noch was entgegen zu setzen ist: wieder aus der Zusammenfassung:

Im Verlauf der aktuellen Krise habe Berlin seine Möglichkeiten erweitert, „andere EU-Staaten zu beeinflussen - speziell solche mit finanziellen Schwierigkeiten“. Die Bundesrepublik könne mit Hilfe der EU-Spardiktate bereits jetzt „große Mengen an nationaler Souveränität“ anderer Eurostaaten „usurpieren“. Deutschland befinde sich erneut an der Schwelle zur Großmacht. Zwar bedeute dies „kaum, daß nun die Regeneration der Wehrmacht kurz bevorstünde“; doch nötige der deutsche Aufstieg dazu, die „Architektur Europas und Eurasiens“ radikal „umzudenken“. Frankreich etwa verliere rapide „die Kontrolle über Europa“. Paris habe die Europäische Union mit der Absicht geformt, das deutsche Großmachtstreben einzudämmen. Nun scheine jedoch, urteilt Stratfor, das „französische Horrorszenario eines zügellosen Deutschland“ wieder möglich.“ (www.stratfor.com, 26.7.11)

Die britische Daily Mail schreibt in der Mail online vom 17.8.11 über das gleiche Phänomen:

Heute würden die ersten Schritte gemacht werden „zu einer Finanzunion, an deren Ende Deutschland die Finanzen Europas diktieren wird“. „Zweifelt nicht daran, was Finanzunion heißt: eine Wirtschaftspolitik, ein Steuersystem, ein System sozialer Sicherheit, eine Schuld, eine Wirtschaft, ein Finanzminister. Und all das würde deutsch sein.“ Für Länder wie Griechenland oder Irland schreibt die Daily Mail weiter: „Das würde einen Verlust an Souveränität mit sich bringen, den solche Länder noch nicht erlebt haben, seit viele von ihnen vor 70 Jahren unter dem Stiefel des Dritten Reichs lagen.“ Und der Artikel endet mit der Feststellung:

„Woran Hitler bei der Eroberung Europas mit militärischen Mitteln scheiterte, das erreichen moderne Deutsche durch Handels- und Finanzdisziplin. Willkommen im Vierten Reich.“

Die Überschrift zu diesem Artikel lautete: „Der Aufstieg des Vierten Reichs. Wie Deutschland die Finanzkrise nutzt, Europa zu erobern.“ Ganz schön harter Tobak. Und es benennt, wie Deutschland vorgegangen ist, indem es nämlich wirtschaftlich alle anderen übertrumpft hat. Ich möchte an dieser Stelle kurz anmerken, dass es das nicht etwa deswegen konnte, weil hier alle so fleißig waren, sondern weil ein Großteil der Kriegsschulden Deutschland erlassen wurden auf dem Londoner Schuldenabkommen und es im Gegenteil mächtig aufgebaut wurde, vor allem gegen den roten Osten, während alle anderen mit der durch die Deutschen angerichteten Zerstörung im Land zu kämpfen hatten. So aber nun zurück.

Auch die amerikanische „Washington Post“ beschreibt den deutschen Einfluss durch die Macht seines Geldes: „Neue Angst vor deutscher Macht in Europa“. „Während ganze Länder darum kämpfen, ihre Schulden zurückzuzahlen, hat nur Kanzlerin Merkel genug Geld, sie aus dem Schlamassel zu ziehen. Und der Preis, den Merkel verlangt – mehr Kontrolle darüber, wie sie ihre Wirtschaft lenken – läßt die Alarmglocken in den Hauptstädten des Kontinents läuten... Kontinentale Mächte wie Frankreich und Italien haben an Einfluß verloren, während innerhalb Deutschlands die Abneigung dagegen, anmaßend und unverschämt zu sein, sich verflüchtigt hat. Die deutsche Fahne, lange selbst innerhalb Deutschlands mit Argwohn betrachtet als ein Symbol nationalistischen Stolzes, flattert nun mehr und mehr über dem ganzen Land.“ Die Zeitung zitiert Fredrik Erixon, Leiter des „Europäischen Zentrums für internationale politische Ökonomie“ in Brüssel: „Deutschland steht heute so da, daß es weitgehend diktieren kann, was in anderen Ländern geschieht, und die müssen nach dieser Pfeife tanzen.“

Die Einschätzungen sind heute also so, dass Deutschland in Europa ziemlich gut schon diktieren kann was läuft. Sogar Frankreich hat dem kaum noch etwas entgegensetzen. Nun denkt man sich: Naja, läuft doch alles gut für Deutschland. Es kann doch all seine Interessen durchsetzen eben ohne das Mittel Krieg, warum dann jetzt die Panikmache? Is zwar nicht schön wie es so mit den anderen Ländern umspringt, aber wie wir sehen gibt es kaum eine Gegenwehr, also warum sollte nun Krieg zur Fortführung der Politik notwendig werden?

Und nun kommen wir zur Crux an der Geschichte.

Deutschland war nicht nur vor der Krise wirtschaftlich stark, sondern es hat bisher enorm von der Krise profitiert. Während alle anderen Staaten nach einander in Schulden untergegangen sind oder noch untergehen, steht Deutschland nach wie vor wirtschaftlich gut da. Das haben die Zeitungsartikel eben deutlich belegt. Woran aber liegt das? Es ist nicht nur so, dass es weniger getroffen wurde. Nach einer kurzen Zeit wo hier Leute entlassen wurden und Betriebe in Kurzarbeit gingen, zog die Konjunktur wieder an. Man sprach von einem Jobwunder und noch allem möglichen anderen. Die Exportzahlen stiegen, allein 2009 betrug die Summe der Exporte 809,2 Milliarden Euro. Immerhin 71% des Gesamtumsatzes der deutschen Industrie wird im Export gemacht. Und mit den Exporten stieg der Profit doppelt und dreifach mit.

Die Löhne nicht, weil es war ja kurz nach der Krise. Wer denkt denn da schon an Lohnerhöhung. Überhaupt ist die

Zahl derer die in Deutschland im Niedriglohnsektor arbeiten auch schon vor der Krise gestiegen. Von 1995 – 2007 um fast 50%, was für 2007 knapp 6,5 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor ausmachte. Das heißt die Binnennachfrage wurde nicht sonderlich gestärkt. Was aber nichts machte, denn gleichzeitig schlug das ja die ausländische Konkurrenz aus dem Markt und dann bediente man eben andere Märkte. Im Heise-Onlinemagazin Telepolis vom 04.05.2010 erklärt das Tomasz Konicz folgendermaßen: „Deutsche Waren sind auf dem Weltmarkt deshalb so konkurrenzfähig, weil sie bei hoher Produktivität von – in Relation zu anderen Industriestaaten – gering bezahlten Arbeitskräften produziert werden. Die „Exportweltmeisterschaft“ Deutschlands wurde also durch eine fallende Lohnquote, durch ein stagnierendes Lohnniveau, durch einen expandierenden Niedriglohnsektor, durch Mehrarbeit und die allgemeine Hetze gegen „faule Arbeitslose“ erkaufte.“ So ging also Deutschland in das Rennen der Krise. Mit einer top gerüsteten Wirtschaft. Während und nach der Krise legte es aber noch einmal deutlich zu. Denn die ganzen Unternehmen die wirtschaftlich auf Grund z.B. der Lohnpolitik Deutschlands schon schlechter da standen, wurden in der Krise nun endgültig aus dem Rennen gekickt. Und hinzu kam die Pleite ganzer Staaten ein noch effektiveres Mittel die Konkurrenz los zu werden. Bestes Beispiel Griechenland. Das griechische Telefonnetz wurde für nicht einmal ein Drittel dessen was es vor der Krise eingebracht hatte weiter an die deutsche Telekom hm, ja eigentlich muss man sagen verschenkt, nicht verkauft. Genauso wurde oder wird verfahren, mit dem Hafen, den Flughäfen, den staatlichen Gaswerken, den staatlichen Petrolwerken, dem staatlichen Glückspielunternehmen, den staatlichen Elektrizitätswerken, der Bahn etc. Und so bereichert sich Deutschland doppelt und dreifach an der Krise, durch die Ausschaltung der Konkurrenz und durch den selbst fokussierten Ausverkauf an Gewinnbringenden Unternehmen.

Was hat denn aber so eine Vernichtung der Konkurrenz zur Folge? Wenn griechische Firmen Pleite gehen, oder versuchen sich vor der Pleite zu retten, dann hat das genau die gleichen Folgen wie hier auch: Die Leute verlieren ihre Jobs und ihr Geld. Schauen wir doch mal, wie es „den Griechen“ so ergeht: Die Industrieproduktion sank um 11 %, die Arbeitslosigkeit stieg von 11 auf 16 %, die Mehrwertsteuer wurde von 13 auf 23 % erhöht, Steuerfreibeträge fielen weg, es gab Entlassungen, Kürzungen bei den Löhnen und Gehältern und bei den Renten. Die Beschäftigten haben bis zu 30 % weniger Geld in der Tasche.

Das sind Zahlen aus dem letzten Frühjahr, seitdem habe ich sie nicht aktualisiert, mittlerweile sieht es weit schlechter aus. Und das passiert grad nicht nur in Griechenland, sondern in Spanien, Italien, Portugal, Irland, ihr kennt die sogenannten Krisenstaaten ja selbst.

Was aber bedeutet das nun für das Exportabhängige Deutschland? Es geht an seiner eigenen Politik zu Grunde! Das bedeutet es. Auf der einen Seite möchte es die Konkurrenz weg haben, und noch mehr, es will Pleite Staaten die derartig abhängig sind von deutschen Krediten, so dass Deutschland dort die Politik lenken kann. Auf der anderen Seite zerstört es damit die Grundlage seines Reichtums und damit die Grundlage seiner momentanen Macht!

Autsch!

Das ist sehr einfach ausgedrückt der Grundwiderspruch, mit dem wir es im Kapitalismus immer wieder zu tun haben. Das Grundproblem, warum dieses System immer wieder den Krieg braucht um weiter bestehen zu können.

Ein System dass sich durch sein Funktionieren die Grundlage fürs Funktionieren entzieht, hat ein gewaltiges Problem.

Es ist ein Grundsätzliches, da es bei jeder Produktion von vorneherein vorhanden ist. Immer wenn etwas produziert wird, muss damit der größtmögliche Profit erzielt werden. Der Arbeiter bekommt daher so wenig wie möglich gezahlt für seine geleistete Arbeit. Gleichzeitig ist er derjenige der das Produzierte im Anschluss kaufen soll. Kann nicht funktionieren, ist ne einfache Rechnung. Deswegen muss immer wieder möglichst viel von dem zerstört werden was es an Waren und auch an Fabriken gibt, damit eine neue Nachfrage geschaffen wird. So treten zyklisch alle 8-12 Jahre in jedem kapitalistischen Land Krisen auf.

In einer Weltwirtschaftskrise potenziert sich dieses Problem, dadurch dass es überall gleichzeitig auftritt und die Überproduktion so gewaltig ist, dass eine Menge Zerstörung notwendig ist.

Für Deutschland das bisher wenig betroffen war, heißt das, es hat nun auch bald ein gewaltiges Problem. Wenn man sich die Wirtschaftszahlen der BRD ansieht, dann sieht man, dass bis zum Sommer, in etwa bis zum Juni die Auftragszahlen stiegen und damit die Produktion stieg. Also nach einem vergleichsweise geringen und kurzen Einschlag 2008 gab es schnell wieder Aufträge für die deutsche Industrie. Und zwar nicht nur in der Industrie die für Gebrauchsgüter zuständig ist, also Autos oder Haushaltskram oder was immer der Mensch halt so zum Leben braucht oder meint zu brauchen, sondern auch in der Industrie, die dafür verantwortlich ist diese Gebrauchsgüter herzustellen. Sprich es wurden neue Maschinen hergestellt, neue LKWs gebaut, die Dinge transportieren, die Rohstoffverarbeitung wurde wieder in Gang gesetzt, etc. Nicht ganz auf den Stand der Vor-Krisen-Zeit, aber dennoch so, dass die Zahlen wieder gut aussahen. Und – noch viel wichtiger – die Profite der Unternehmen wieder in die Höhe schnellten. Das ist seit dem Juni wieder vorbei. Die Auftragseingänge gehen zurück, die bisher noch gefüllten Bücher leeren sich und ich denke wir können uns darauf einstellen, dass hier nun die wirkliche Krise bald zu spüren sein wird.

Ich denke weiter, dass das dazu führt, dass die ökonomische Macht, die Deutschland bisher über andere Länder hat, damit schwächer wird.

Und das nächste ist, dass die „pleite-Staate“ sich häufen.

Und auch das wird, so schön das auch auf den ersten Blick für Deutschland sein mag, auf Dauer zu einem Problem. Na toll jetzt erzähl ich genau das Gegenteil von allem was ich vorher erzählt hab, was denn nun? Pleite Staaten sind doch angeblich so praktisch, weil man dort dann so wunderbar den Staaten ihre Souveränität abnehmen kann. Was stimmt denn nun? Beides.

Um das zu verstehen, müssen wir jetzt einen kleinen Exkurs in die Finanzwelt machen:

Funktionieren eines Kredits.

Ich hab ne Fabrik mach damit Geld, zahl damit zum Teil meine Arbeiter aus, zum Teil bezahl ich meine Maschinen, die Rohstoffe etc. Mit dem Rest kann ich neu investieren. Wenn ich das nicht will, solls auch nicht rumliegen und nix tun, also geb ich das dem zum Investieren, der verspricht, es mir mit Zinsen zurück zu zahlen. So funktionieren sehr einfach ausgedrückt Kredite.

Staatsschulden sind nun so: der Staat bekommt sein Geld durch Steuern rein. Wenn also n Staat einen Kredit aufnimmt, dann gibt er das Versprechen, alles was er sich an Geld geliehen hat und die Zinsen bei der Bevölkerung wieder einzutreiben, durch Steuern. Das sind Staatsschulden.

Das so ein Staat das schafft, das Geld wieder reinzuholen, bzw. zumindest die Zinsen und ein bisschen, gilt als so sicher, dass mit diesen Staatsversprechen, also mit den Staatspapieren selbst bezahlt wird. Und auch mit den Zusagen der Firmen die Kohle zurück zu zahlen, also mit Wechseln, so heißen diese Versprechen, wurde weiter bezahlt.

Sprich ich als Großunternehmer, hab nun beim nächsten Mal wo ich meinen Kredit bedienen musste, nicht mehr in Geld bezahlt, sondern mit so nem Staatspapier oder Wechsel, den ich wiederum das letzte Mal von meiner Bank bekommen hab. Wenn das ein paar Mal gemacht wurde, weiß aber der am Ende der Kette ja gar nicht mehr, ob die Firma vom Anfang überhaupt noch existiert, bzw. vielleicht steht die mittlerweile kurz vor der Pleite, dann ist so ein Versprechen natürlich nicht mehr viel wert. Dann steckt hinter dem was da grad zur Bezahlung eingereicht wird, gar kein wirklicher Wert mehr. Es sind nur noch Zahlen. Man weiß gar nicht mehr ob da wirklich noch ne Fabrik ist, die irgendwas produziert, bzw. wie viel, und was das an Werten bringt. Am Anfang des Kapitalismus war es einmal so, dass alles was an Papiergeld ausgegeben wurde einen Gegenwert an Gold auf der Bank haben musste, das ist damit schon mal Geschichte.

Und mittlerweile werden nicht mal mehr solche Papiere ausgetauscht sondern nur noch die Zahlen auf Bankkonten. Wenn ich heute ne Rechnung der Stromwerke begliche, senkt sich mein Kontostand und der des Stromanbieters erhöht sich. Keiner von uns aber hatte dieses Geld jemals in der Hand. Im Endeffekt glauben wir beide daran, dass diese Zahlen irgendwo einen Gegenwert haben.

Und auch der Stromanbieter bezahlt seine Rechnungen ja nicht mit Bargeld sondern schubst nur n paar Zahlen weiter. Tatsächlich ist es aber so, dass eine Bank nur 8% dessen was sie an Krediten etc vergibt, tatsächlich an Eigenkapital vorweisen können muss. Der komplette Rest können irgendwelche Versprechen sein von irgendwelchen Firmen, die behaupten ich bekomme das Geld schon rein, oder halt solche Staatsanleihen, von Staaten die sagen, ich press das schon noch raus. Und funktionieren tut das nur, weil man daran glaubt, dass nie alle gleichzeitig ihr Geld von der Bank haben wollen und außerdem weil man fest an die Versprechen glaubt. Aber nur noch der allergeringste Teil davon hat noch einen realen Gegenwert.

Hier wird also mit Geld umgegangen das eigentlich schon kein Geld mehr ist, denn es steckt zum größten Teil nichts mehr dahinter, kein Gold, keine Produktion, keine Werte. Es ist wirklich nur noch Papier, oder sogar nur noch ne Zahl auf nem Kontobuch. Dennoch hat es seine Grundlage natürlich darin,

dass etwas produziert wird, nur dadurch kann ja der Glaube an den Gegenwert erhalten bleiben. Deswegen funktioniert es nur bis zu dem Zeitpunkt, wo dieser Glaube erschüttert wird. Das wird er in so einer Krise ganz massiv. Aber da waren die Staaten die gesagt haben, wir schießen da Geld rein, damit hier nicht alles zusammenkracht.

Und wenn nun aber auch noch ein Staat pleite geht, also so pleite, dass er wirklich zahlungsunfähig ist und da eben keiner mehr ist, der sagt, macht nix, dann schießen wir dazu, dann stellt man plötzlich fest, ein Großteil dessen womit als Realexistierende Kohle gehandelt wurde, ist gar nichts mehr wert.

Ja das ist scheiße, dann kann so ne Bank, dessen Vermögen aus Staatsanleihen besteht, ma ganz fix ebenfalls pleite sein.

Momentan aber wird ja noch gesagt, ist egal, wir regeln das schon. Wenn also Griechenland Staatsschulden hat bei Banken, wird momentan von den Euroländern gesagt, wenn du nicht mehr zahlen kannst, dann garantieren wir dir, dass wir dann zahlen.

Die Schuld wird damit nicht einen Cent geringer, und das Geld ist nicht um einen futz realer, aber es wird sicher gestellt, dass die Banken ihr Geld wieder bekommen. Mit dieser Garantie ist sicher gestellt, dass weiter Geld fließt. Wenn aber jemand auf die Idee kommen würde dieses Geld tatsächlich einzufordern, dann wär das Problem genauso groß wie vorher, weil auch die Garantieländer haben dieses Geld ja nicht rum liegen, sondern haben nur gesagt: wir pressens raus!

Das alles ist noch nicht so schlimm bei so nem Land wie Griechenland. Aber bei Italien, dem neuen „Pleite-Kandidaten“ ist das ne ganz andere Nummer. Italien ist die drittgrößte Ökonomie der EU und es ist mit 1,9 Billionen verschuldet!

Billionen! Das ist noch mal ne ganz andere Größenordnung. Neulich hat irgendein Politiker, ich weiß nicht mehr welcher, weiß auch nicht mehr so genau worum es ging, um irgendwelche Schulden oder Rechnungen vermutlich, keine Ahnung. Aber der sagte so ganz abschätzig, naja wie sprechen hier von einer Summe im unteren dreistelligen Milliarden Bereich. Und ich dachte wow, heute ist ein Millionär wirklich ein armer Mann. Aber Billionen die wurden bisher selten in den Mund genommen.

Aber was passiert nun wenn die plötzlich nichts mehr wert sind? Und das ist tatsächlich etwas was ganz real droht? Ja dann hat auch Deutschland ein Problem. Weil dann sind plötzlich 1,9 Billionen nichts mehr wert. Die fehlen dann einfach im weltweiten Finanzmarkt. Was heißt, die fehlen den Banken. Nicht dass die wirklich existiert hätten, aber man hat so getan und das hat den Umlauf im Gang gehalten. Nun sind sie weg und zig Banken haben plötzlich kein Geld mehr und damit ganz viele Unternehmen auch nicht mehr und die Versicherungen nicht mehr, weil die sind ja nach den Banken die nächst größten Geldhäuser und so weiter. Und damit das nicht passiert, würden wieder die Regierungen einspringen, auch die deutsche und sagen: wir übernehmen das, wir pressen das schon aus der Bevölkerung raus.

Aber auch die BRD ist mit 2,1 Billionen verschuldet. Geld das sie niemals wieder zurückzahlen können wird. Denn das würde heißen, dass jeder Bundesbürger die nächsten 23 Jahre seinen kompletten Lohn als Steuer abgeben müsste, dann wären diese Schulden bezahlt. Das haut hinten und vorne nicht

hin. Und deswegen soll das erstmal verhindert werden, dass so ein Staat pleite ist. Oder zumindest soll er so pleite gehen, dass es für die deutschen erträglich bleibt, also die deutschen Banken nicht so betroffen sind, Deutschlands Interesse an einer Rettung also erstmal gering ist: Am 19.10.2011, kann man in der Baseler allgemeinen Zeitung lesen:

„Deutschland drängt darauf, dass die Banken einen Wertabschlag von 50 bis 60 Prozent bei den griechischen Staatsanleihen hinnehmen. Frankreich, dessen Banken stark in Griechenland engagiert sind, wehrt sich dagegen.“

Das war der Ausflug in die Finanzwelt. Kommen wir wieder zurück zum Thema.

Wir haben also festgestellt.

Zu den ganz normalen zyklisch auftretenden Krisen kommt nun eine Weltwirtschaftskrise, die selbstverständlich auch zu einer Finanzkrise führt. Die wiederum hat die Pleite ganzer Staaten zur Folge, was einerseits dem deutschen Traum von einem unter sich vereinten Europa nützt, andererseits Deutschland die Grundlage seiner Macht über Europa entzieht. Denn trotz seiner wirtschaftliche Stärke kommt die Krise nun auch in Deutschland an, die Bedrohung durch Pleiten und durch die Krise wächst und so wird die Stimmung Deutschlands gegenüber den sich immer noch nicht unterwerfenden EU Staaten immer aggressiver.

Newsletter german foreign policy vom 17.11.2011 - Jetzt wird Deutsch gesprochen

BERLIN (Eigener Bericht) - Berlin verlangt eine dominierende Stimmenmehrheit in zentralen Institutionen der EU. Wie die spanische Wirtschaftspresse berichtet, plant die Bundesregierung, auf dem nächsten EU-Gipfel Anfang Dezember eine Neuverteilung der Stimmengewichtung in der Europäischen Zentralbank (EZB) zu fordern. Demnach sollen die Stimmen künftig entsprechend dem Bruttosozialprodukt gewichtet werden. Damit bekäme Deutschland nicht nur heute, sondern mutmaßlich auf Dauer eine beherrschende Stellung in der wichtigsten geldpolitischen Institution Europas. Das bisherige Prinzip, nach dem jeder souveräne Staat gleich behandelt wird, entfiel ersatzlos. Die Forderung, die die Bundesregierung bislang noch nicht offiziell geäußert hat, führt die Neuordnung der Eurozone gemäß deutschen Interessen fort, die seit geraumer Zeit im Gang ist und von führenden Berliner Politikern mit der Erläuterung versehen wird, Europa stehe „eine neue Zeit“ bevor. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, ein Vertrauter der deutschen Kanzlerin, fasst die Entwicklung mit knappen Worten zusammen: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen.“

Denn wenns dann knallt und tatsächlich ein Großteil des Geldes nichts mehr wert ist, dann zählt nicht mehr, wer hat das größte fiktive Kapital, sondern dann zählt wieder, wer hat denn wirklich noch was?

Wer hat das Öl, wer hat das Gas, wer hat die Transportwege, wer hat das Gold, wer hat die Bodenschätze und so weiter. Wer hat wirkliche Werte? Und da steht Deutschland dumm da, denn von all dem hat es bisher gar nichts! An wirklichen Reichtümern ist Deutschland extrem arm. War es schon immer. Deswegen war es auch schon immer so aggressiv. Und wo

liegen diese Reichtümer? Das wisst ihr selbst. Da macht der Gang nach Osten wieder Sinn. So sieht das auch die Kanzlerin und warnt schon einmal davor, was passiert wenn es hier Kracht:

Kanzlerin Angela Merkel hat letzte Woche gewarnt, daß ein Scheitern des Euro uns mit tausend Plagen bedrohen würde. „Keiner sollte denken, daß ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand gesichert sei.“ Telegraph (30.10.11)

„Telegraph“: „Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger sagte, Europa sollte Blauhelme schicken, um die griechische Steuereintreibung und den Verkauf von Staatsbesitz zu überwachen. Sie sollten besser gut bewaffnet sein. Die Schlagzeilen in der griechischen Presse sprachen von ‚bedingungsloser Kapitulation‘, von der ‚Terrorisierung der Griechen‘ und sogar vom ‚Vierten Reich‘.“ (11.9.11)

Kein arbeitender Mensch hat irgendeinen Nutzen davon, dass diese Schulden gezahlt würden. Denn das hieße, dass zig Jahre in denen das Geld quasi völlig von dem losgelöst wurde was es an Werten tatsächlich gibt, nun auf einmal mit Wert versehen würden. Das sind Billionen die plötzlich her müssen. Das geht schlicht nicht mit normalen Methoden. Die Rückführung der Kredite auf wirkliche Werte heißt Krieg. Der Kapitalismus an sich ist schlicht nicht ohne Krieg zu denken, denn seine Widersprüche die ich beschrieben habe, führen immer wieder darauf hinaus. Und Kriege werden ja auch permanent geführt. Zur Zeit aber spitzen sich diese Widersprüche derart zu, dass ein kleiner Konflikt nicht mehr ausreicht, sondern die Gefahr eines großen Krieges, der im Nachhinein vielleicht der dritte Weltkrieg genannt werden wird immer größer wird.

Wann ist überhaupt nicht klar, aber das, ist absolut berechenbar und schließlich auch nicht das erste Mal in der Geschichte, man vergesse nicht die Weltwirtschaftskrisen vor dem ersten und zweiten Weltkrieg.

ABER und das ist ein großgeschriebenes aber, eines sollte man bei all dem nicht vergessen. Alle Schulden werden ja momentan so umgelegt, dass nicht mehr die Banken sie haben, sondern andere Staaten, womit klar ist, wer sie bezahlen darf, nämlich die Bevölkerung. Nun ist aber jede Bevölkerung nur bedingt ausbeutbar. Soll heißen. Irgendwann ist die Grenze erreicht. Irgend wovon muss der Mensch ja leben, er kann eben nicht die nächsten 23 Jahre von Luft und Liebe leben. Und damit ist der Schuldentilgung eine ganz natürliche Grenze gesetzt. Nämlich die, wo die Bevölkerung sagt nun reicht, weiter können wir nicht mitmachen ohne alle zu verhungern. Und da muss sie anfangen sich zu wehren. Wie das dann aussieht, ist überhaupt nicht geklärt, aber einen Teil davon erleben wir schon in Griechenland. Wo hunderttausende auf die Straße gehen zum Demonstrieren und zum Streiken.

Genauso klar wie die gerade enorme Kriegsgefahr, ist also der Widerstand der ausgepressten Völker, die größte Angst des Kapitals.

Den gilt es auch hier zu fokussieren. Daher sind solche Aktionen, wie die unsere, nur der allerwinzigste Anfang aber unbedingt notwendig!

Tanja

Wofür braucht es die neue Konzeption der Reserve?...

Thomas de Maizière, seines Zeichens Verteidigungsminister, unterzeichnete im November eine neue „Konzeption der Reserve“ (KdR). Damit steht nun ein weiterer Schritt in der Militarisierung der Gesellschaft auf der Tagesordnung: die Reservisten werden mobil gemacht! Reserve? Klingt, als bräuchte man die nur im Notfall, als Ersatz sozusagen. Dieser Notfall ist scheinbar entweder schon eingetreten oder wird gerade vorbereitet. Die alte „Konzeption für die Reservisten und Reservistinnen der Bundeswehr“ (KresBw) wird ersetzt, weil die „Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr“ gesichert und „die Durchhaltefähigkeit“ erhöht werden muss. Doch der Reihe nach: Wofür werden die Reservisten gebraucht?

... für den Heimatschutz im Inland

„Neben der Rolle der Reserve für die Personalergänzung und -verstärkung sowie der Mittlerfunktion für die Bundeswehr in der Gesellschaft wird der Heimatschutz als wesentliche Aufgabe der Reserve gestärkt.“ Der grundgesetzwidrige Heimatschutz, der auf Grundlage der Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 ohne jeglichen Parlamentsbeschluss installiert wurde, ermöglicht es der Bundeswehr das Kommando über zivile Hilfskräfte zu bekommen. Unter dem Titel der zivilmilitärischen Zusammenarbeit wird das Militär im Inland eingesetzt und darf in zivilen Angelegenheiten dazwischen funken. Dies wird nach der Konzeption der Reserve massiv ausgebaut: Es geht nicht nur darum, Soldaten und Reservisten bei „Naturkatastrophen

und schweren Unglücksfällen“, also in Ausnahmefällen, ein zu setzen, sondern um nichts geringeres als den „Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor asymmetrischen und insbesondere terroristischen Bedrohungen“. Das bedeutet den permanenten Einsatz von Reservisten im Inland, das bedeutet den Einsatz aufgrund vager Bedrohungsszenarien. Was mit dem Heimatschutz begonnen wurde, wird hier doppelt und dreifach ausgeführt: ohne Reservisten im Inland scheint alles bedroht zu sein, statt zivile Katastrophen im Inland dem zivilen Katastrophenschutz zu überlassen, müssen Menschen mit Ausbildung an der Waffe ran. Von welchen Katastrophen sprechen die eigentlich?

Die bisherigen Kreis- und Bezirksverbindungskommandos, das flächendeckende Netz aus kleinen Einheiten, das garantiert, dass auf allen Ebenen der föderalen Verwaltung Soldaten installiert sind, reichen nicht mehr aus: ohne weitere Begründung werden zusätzlich zu den Soldaten der Verbindungskommandos weitere Reservisten für die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) bereitgestellt. Dazu werden ab 2012 bundesweit 25 RSUKr aufgebaut, ein bis zwei pro Bundesland. Doch das allein reicht noch nicht: „Dann werden wir sehen, was genau benötigt wird. Daraus kann sich ein Ausbau auf Kompanie- oder Bataillonsstärke entwickeln.“, so Oberst a.D. Kiese Wetter, Vorsitzender des Reservistenverbandes. Was hier entworfen wird, ist die Mobilmachung, die Aufstellung zu-



sätzlicher großer Einheiten, die für den Einsatz im Inland bereit stehen. In der Geschichte der BRD ist die Zusammenfassung von gedienten Soldaten in militärischen Einheiten und die Aufrechterhaltung ihrer Einsatzfähigkeit nichts neues. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts mordeten und wüteten genau solche Trupps als Freikorps gegen die Novemberrevolution, gegen Kriegsgegner und Demokraten, gegen das eigene Volk. Ihr Job war die Wahrung der Ruhe an der Heimatfront. Sind die Freikorps heimliches Vorbild der RSUKr oder ist die parallele Verwendung von Reservisten Zufall?

... für die ZMZ im Ausland

Auch im Ausland werden die Reservisten gebraucht: sie sollen die Bundeswehr bei „Vorbeugung und Nachsorge von Krisen und Konflikten“ helfen – eine schöne Umschreibung für die Aufstockung der im Einsatz befindlichen Soldaten, doch genau dies zu verschleiern mag der Vater der Idee gewesen sein.

Weiterhin sollen die Reservisten beim „Wiederaufbau der gesellschaftlichen Ordnung und der Infrastruktur in Krisengebieten“ helfen, und als „natürliche“ Vermittler zwischen Militär und Zivilgesellschaft die Bundeswehr bei ihren Kriegseinsätzen unterstützen. Sie sollen zur Unterstützung der Bundeswehr und der zu Kooperationen mit dem Militär verpflichteten Organisationen, wie dem Roten Kreuz, dem THW, den Maltesern u.a. zusätzlich für den Krieg einsatzfähig gemacht werden.

... als Verstärkung der Streitkräfte

Die vermeintliche Dezimierung der Soldaten durch Guttensbergs Bundeswehrreform, stellte für sich alleine genommen schon eine qualitative Aufrüstung dar. Verknüpft mit der Auslagerung einzelner Teilbereiche der Bundeswehr, dem sog. Outsourcing, z.B. an die Deutsche Post, und verknüpft mit der Ausweitung der Machtbefugnisse der Bundeswehr über zivile Einsatzkräfte, stellt die neue Konzeption der Reserve einen weiteren Schritt der Aufrüstung dar, nur dass er von kaum jemandem so bezeichnet wird, außer von der Konzeption der Reserve selbst: „Reservisten werden für die Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland benötigt.“ Im gebilligten Entwurf werden Bedrohungsszenarien künftiger Kriege entworfen, die eine Ausweitung des bisherigen Aufgabenbereichs der Reservisten notwendig machen: „Für den zurzeit unwahrscheinlichen, jedoch nicht auszuschließenden Existenz bedrohenden Angriff auf das Bündnis als Ganzes, bildet die Reserve den Nukleus für einen den zukünftigen Bedrohungsszenarien angemessenen Aufwuchs.“ Dass Reservisten, genauso wie ehemalige Zivildienstleistende, im Kriegsfall eingezogen werden können, ist nichts neues. Neu ist allerdings, dass sich auf diesen Fall jetzt schon vorbereitet wird und die Reserve in „Friedenszeiten“, wie der jetzige Zustand umschrieben wird, mobil gemacht wird.

... zur Bindung von „Führungskräften“ und Arbeitgebern

Die Bundeswehr braucht die Reservisten aber nicht nur im Einsatz, sondern auch zur Mobilisierung, denn die Reserve sei „aufgrund ihrer persönlichen Eignung und Qualifikation als Mittler für die Bundeswehr ein wertvolles Potenzial“. Wer hier was vermitteln soll, ist relativ deutlich und funktioniert nur in eine Richtung: Es geht dem Verteidigungsministerium um die Bindung von „Führungskräften“ an die Bundeswehr, z.B. ist die Anwerbung von Studenten „erklärtes Ziel“, um die Rekrutierung

neuer Soldaten und die Weiterbeschäftigung gedienter Soldaten.

Da die meisten Reservisten bereits im zivilen Berufsleben stehen – ein Vorteil den das Verteidigungsministerium sehr wohl zu schätzen weiß – muss eine intensivere Kooperation mit den Arbeitgebern her, damit diese sozusagen Arbeitszeit ihrer Angestellten der Bundeswehr spenden und sie von der Arbeit freistellen können. Dazu muss „das Dreiecksverhältnis Bundeswehr – Arbeitgeber – Reservist ausgebaut werden, damit das Militär mit ausreichend Reservisten versorgt werden und von „zivilberuflichen Qualifikationen“ profitieren kann. Der neue Job der Reserve beinhaltet daher auch, die Information der Arbeitgeber über die Vorteile militärisch ausgebildeter Mitarbeiter, denn bei der Bundeswehr erlernte Eigenschaften würden „auch im zivilberuflichen Umfeld als wertvolle Persönlichkeitsmerkmale“ geschätzt werden. „Überhaupt sei es verstärkt nötig, bei der Wirtschaft für die Freistellung von Reservisten für Ihren Einsatz fürs Vaterland zu werben.“, so der Verbandsvorsitzende Kiewetter.

... zur Zentralisierung des Gewaltenapparates

Durch die neue Konzeption wurde ein Kompetenzzentrum für Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr ins Leben gerufen, angesiedelt im Streitkräfteamt. Zukünftig läuft die Reservistenarbeit nicht mehr unkontrolliert über irgendwelche Vereinigungen, sondern zentral gesteuert. Neben der Überwachung und Vertretung der Reservistenarbeit ist Hauptaufgabe des Kompetenzzentrums die „Kontaktpflege zu den führenden Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie zu Spitzenverbänden“. Der Einfluss der Bundeswehr in der Zivilgesellschaft wird ausgeweitet: Jugendoffiziere in den Schulen und Ausbildungsstätten, Kooperationen mit zivilen Organisationen, Verpflichtung von Arbeitslosen zur Ausbildung bei der Bundeswehr kennen wir bereits - und nun der verstärkte Anschluss der gesamten Arbeitswelt an das Militär.

... kurz gesagt: zur Kriegsvorbereitung

Die neue Konzeption der Reserve ist Kriegsvorbereitung. Wofür sonst sollte die Mobilmachung der Reservisten ohne den im Grundgesetz festgelegten Spannungs- oder Verteidigungsfall ausgerufen werden? Mehr Soldaten sollen angeworben, die Reservisten länger an die Bundeswehr gekettet und der Zugriff auf die Gesellschaft vergrößert werden. Abzuwarten, wofür all dies gebraucht wird, wäre dumm!

Lisa



Occupy! – Ja was denn eigentlich?

Die sogenannte Occupy-Bewegung füllte über einige Monate die Schlagzeilen, was ihr heute auch noch hin und wieder gelingt. Eine vermeintlich homogene Bewegung mit Schauplätzen auf fast der ganzen Welt, mit teilweise linkem Anstrich und revoluzzerhaften Phrasen... Aber was steckt eigentlich hinter Occupy? Diese Frage zu beantworten, wird diesem Artikel nicht gelingen, der Occupy-Bewegung anhand einiger Veröffentlichungen in Flugblättern und Zeitungen hinter die Kulissen zu blicken allerdings schon. Thesen zur Bewegung der selbst-erklärten 99%:

Muss der Kapitalismus überwunden werden?

Eine zentrale Forderung ist: „Neoliberales Wirtschaftssystem überwinden und hin zu einer echten Sozialen Marktwirtschaft.“ (Occupy Ffm) Nicht das System, nicht der Kapitalismus, nicht mal der Kapitalist selbst ist das Problem, sondern der „böse, gierige“ Banker. Auch nicht die komplette Bankenriege und ihre Vorstände sind das Problem, sondern „die großen Finanzhaie“, die nicht „im Sinne der Menschen wirtschaften“. Kein Wunder, dass sich auch die Raiffeisenbank damit einverstanden erklären kann.

Auch wenn die Occupy-Bewegung in ihrem Auftreten vermeintlich links oder fortschrittlich anmutet, lässt sich schon an diesen wenigen Zitaten sehen, dass es nicht um den Sturz des Systems geht, sondern um dessen Verbesserung. Dazu gehört auch die Forderung nach den „guten Banken“: „Bereits im Juli dieses Jahres rief Attac mit der Kampagne „Krötenwanderung“ zu einem Bankenwechsel auf. Empfohlen wurden neben der GLS die Umweltbank, die Ethikbank und die Triodos Bank. Während in dieser Bewertung die Privatbanken, allen voran die Deutsche Bank, für ihre Geschäftspraktiken heftig kritisiert wurden, nehmen Genossenschaftsbanken wie die Volksbanken sowie die öffentlich-rechtlichen Sparkassen eine Zwischenstellung ein. „Sie haben in der Theorie ein gutes Geschäftsmodell. Im Alltag verhalten sie sich allerdings oft wie eine der Privatbanken“, schreibt Attac.“ (TAZ). So bleibt auch die Analyse der Krise dabei stehen, die „Finanzhaie“ an zu prangern und als die Schuldigen zu erklären. So z.B. Gerd P. Werner, einer der oft

zitierten Krisen-Theoretiker der Occupy-Bewegung. „Bei den heutigen Strukturen in der westlichen Welt zahlen bisher immer die Steuerzahler, wie schon gehabt, bei Zocker-Banken-Pleiten in den plötzlichen und angeblich völlig unvorhersehbaren Finanzkrisen, bei Atommüll-Endlagerung, bei staatlichen Mietzuschüssen wegen überhöhter Mieten („Bodenrente“ durch die Steuerzahler).“

Woran auch immer die Weltwirtschaftskrise sich entzündet hat, an der übermäßigen Gier einiger weniger mit Sicherheit nicht. Wer in der Analyse des Kapitalismus bei dieser Feststellung stehen bleibt, kann sich direkt mit der Springer-Presse zusammen schließen. Dass die Stoßrichtung der Occupy-Bewegung sich nicht gegen den Kapitalismus richtet, erklärt auch Wolfram Siener, Sprecher Occupy Frankfurt, ganz offen: „Es gehe nicht darum, das System zu stürzen, sondern darum gemeinsam einen vernünftigen Ausweg zu finden.“ Auf einen vernünftigen Ausweg im Kapitalismus zu warten, wird nicht helfen, diesen Ausweg müssen wir uns selbst schaffen.

Die Occupy-Bewegung ist gegen Organisation und Gewerkschaften und hat keinerlei Klassenstandpunkt

Offen wird erklärt, dass keine Organisationen in dieser Bewegung erwünscht werden; teilweise werden diese auch faktisch ausgeschlossen. Es wird bewusst darauf hingewiesen, dass die treibenden Kräfte „Netzwerke“ sind, und keine Organisationen. „Wir sind unterschiedlicher politischer Überzeugung. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Wir alle sind aber besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Abzocke der Gesellschaft durch die Banken, die Ausbeutung der großen Mehrheit, die Korruption unter Politikern, Managern und Bankern empört uns.“ (occupy Ffm).

Es wird betont, dass es um „alle Menschen“ geht. Gesellschaftliche Unterschiede gibt es nicht. „Wir grenzen niemanden aus“, betont Claudia Keth von Occupy Frankfurt. „Jede Mitarbeit ist uns willkommen, solange Parteifahren und Organisationszugehörigkeiten draußen bleiben.“ Doch hier stellt sich



schon die Frage, wie eine Veränderung der Welt ohne Organisationen funktionieren soll. Gerade die Gewerkschaftsjugend, die am besten wissen müsste, wie wichtig es ist, junge Leute zu organisieren und gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen, bringt für die Organisationsfeindlichkeit leider Verständnis auf, so z.B. Olaf Gruß von der Frankfurter DGB-Jugend: „Die sozialen Bewegungen sind heutzutage anders strukturiert als früher. Occupy ist ein lose zusammengewürfelter Haufen.“ Partei- und Verbandsfahnen hätten da „zu Hause zu bleiben“, so der gewerkschaftliche Jugendfunktionär kategorisch. (Junge Welt)

Nicht die Stürzung des Staates, sein Erhalt ist das Ziel

Die Occupy-Bewegung will sich in bestem Einvernehmen mit dem Staat wissen: „Seit gut zehn Tagen campieren sie unübersehbar in der Frankfurter City: Die Anhänger von „Occupy Frankfurt“, der Protestbewegung, die vor allem der Macht des Kapitalismus Grenzen setzen will. Auch wenn ihre Zelte mitten in der Stadt stehen – das Verhalten der Demonstranten gibt den städtischen Ordnungshütern keinen Grund zur Klage, im Gegenteil: „Wenn jede Demonstration so angenehm und friedlich verlaufen würde, hätten wir weniger Arbeit“, sagte der Chef des Frankfurter Ordnungsamts, Jörg Bannach.“ (PM auf Occupy Frankfurt). Daher wird auch gerne an Frau Merkel und Co appelliert: „An Frau Merkel, Appell von Attac und Campact: Handeln Sie diesmal im Interesse der Bürger/innen und nicht der Finanzlobby! Die Entscheidungen müssen transparent und unter konsequenter Beteiligung des Bundestages getroffen werden. Verhindern Sie die soziale Spaltung und streiten Sie für ein solidarisches Europa.“

So wurde auch von Schäuble Respekt für die Bewegung geäußert, er beobachte sie „mit großer Aufmerksamkeit“ und nehme die Proteste „sehr ernst“. Auch die Kanzlerin selbst äußerte „großes Verständnis“ für die Proteste. Die Zeit schrieb am 22. Oktober 2011: „Eine maximal breite Koalition scheint sich gebildet zu haben, die die Proteste, sei es aus echter Überzeugung oder taktischem Opportunismus, unterstützt.“ Wer sogar Merkel und Co auf seiner Seite hat, hat irgendetwas falsch gemacht.

Faschisten und Antisemiten sind Teil der Bewegung

Nach allem kann es gar nicht verwundern, dass sich auch Nazis und Faschisten in der Occupy-Bewegung tummeln und dem nichts entgegengesetzt wird.

„Ich denke es ist sinnlos sich gegen etwaige Gruppen abzugrenzen. Wenn man Zeitgeist, die Linken, die Nazis, Anonymous, CDU etc. ausschließt bleibt niemand mehr übrig, weil alle irgendwelche Meinungsverschiedenheiten hat. Was wir brauchen ist ein klares Bekenntnis zu grundlegenden Prinzipien wie Gewaltlosigkeit, Demokratie, Vielfalt und den Verzicht auf jede Art von Führern und Sprechern. Damit kann gewährleistet werden, dass keine Gruppe überhand nimmt und kein „Kopf“ irgendetwas sagt, was anderen missfällt.“ (Quelle: <http://titanpad.com/discuss-occupy>)

Wer über die Finanzhaie und die gierigen Banker schimpft, hat es zur Unterscheidung zwischen dem guten schaffenden und dem bösen raffenden Kapital nicht mehr weit.

Mit August Bebel gesprochen: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls.“
Lisa, Anna



Arbeitszwang und Kriegswirtschaft

Vom Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) zum Reichsarbeitsdienst (RAD) der Nazis

I. Arbeitszwang und Kriegswirtschaft

Rund ein Drittel aller Arbeiterkinder mussten während der Kriegsvorbereitungsphase des deutschen Faschismus vor oder nach der Schule und in den Ferien arbeiten. Nach der Entlassung aus der Schule wurden sie gezielt als Lehrlinge in die Kriegsindustrie gelenkt, was in einem so drastischen Ausmaß passierte, dass das Handwerk enorme Probleme hatte, ausreichend Jungarbeiter zu finden. In den Fabriken bestanden große Teile der Belegschaft aus Lehrlingen die über Jahre Hilfsarbeiten für ein paar Groschen leisten mussten. Die „Ausbildung“ war geprägt von Arbeitshetze und Misshandlungen. So sah der gesetzliche „Jugendarbeitsschutz“ auch Nacharbeit für unter 16 jährige und ab 14 Jahren Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden vor.

Der nach dem 1. Weltkrieg eingeführte allgemeine 8 Stundentag wurde von den Nazis gänzlich abgeschafft und Stück für Stück auf 10 Stunden und mehr ausgeweitet. Dies traf im besonderem Maße bei Staats- und Rüstungsaufträgen zu. So wurden Sondergesetze für die nahezu unbegrenzte Ausdehnung des Arbeitstages beim Bau der Reichsautobahn, Verteidigungsanlagen und bei Wehrmachtaufträgen erlassen.

Ab 1938 ging die Kriegsvorbereitungsphase in die Kriegsphase über. Die deutsche Wirtschaft war schon ab dieser Zeit eine reine Kriegswirtschaft. Es kam zu einem drastischen Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel. Im Folgenden sind Maßnahmen aufgezählt, die die volle Mobilisierung an der Heimatfront und die allgemeine Zwangsarbeit für den Krieg gewährleisten sollten:

Mai 1934 – Bindung der landwirtschaftlichen Arbeiter an ihre Beschäftigung;

Dezember 1934 – Bindung der gelernten Metallarbeiter an ihre Beschäftigung und den Arbeitsamtsbezirk ihrer Tätigkeit, im Oktober 1937 wird diese Maßnahme auf das Baugewerbe ausgeweitet;

November 1937 – Frauen, die Ehestandsdarlehen (Darlehen für Arbeitsverbot von Frauen nach der Heirat) erhalten haben, sind wieder berechtigt, Beschäftigung zu suchen;

Dezember 1937 – Steuererhöhung für Wandergesellen, um sie dadurch in die Fabrik zu treiben;

Januar 1938 – Verbot von Wanderarbeit;

März 1938 – Alle Kinder, die die Schule verließen, wurden durch das Arbeitsamt erfasst und von diesem nach Bedarf als Lehrlinge der Industrie zugeteilt;

Juni 1938 – Wurde der allgemeine Arbeitszwang für Deutsche beschlossen. Zeitlich noch begrenzt und mit der möglichen Verpflichtung zur Umschulung;

Ebenfalls 1938 wurde das erste mal in der deutschen Geschichte Leiharbeit eingeführt.

In Nazideutschland führte dies damals zu ernsthaften Diskussionen, ob es auch „ethisch“ vertretbar sei, Arbeiter zu verleihen. Jürgen Kuczynski schrieb treffend:

„Was zuvor für einzelne Berufe und Altersgruppen beobachtet werden konnte, gilt jetzt gewissermaßen für das gesamte Volk oder zumindest für die ganze deutsche Arbeiterklasse: Mehr als ein Jahr vor Ausbruch des Krieges waren alle Maßnahmen getroffen worden, um aus Deutschland ein Zwangsarbeitslager zu machen, in dem alle Arbeiter ihren Charakter als freie Arbeiter verloren hatten – frei nicht nur durch gewisse bürgerlich-demokratische Grundrechte, sondern auch im Recht der Bewegung und, innerhalb gewisser Grenzen, auch der Berufswahl.“

Die Beschäftigungs- und Arbeitsregelungsmaßnahmen der Faschisten zeigen uns, dass die Phase des Krieges in dieser wie auch in manch anderer Beziehung gewissermaßen bereits vor Ausbruch des Krieges begonnen hatte. Die Geschichte blieb gewissermaßen hinter den Maßnahmen des Faschismus zurück. Es waren oft bereits Kriegsmaßnahmen, ohne dass der Krieg schon offen ausgebrochen war. Darum ist auch der Übergang zum wirklichen Krieg auf so vielen Gebieten von keinen besonderen Maßnahmen mehr begleitet. Es war alles bereits zuvor geschehen, und grundlegend neue Maßnahmen erschienen überflüssig. Der tatsächliche Ausbruch des Krieges ist auf vielen Gebieten fast eine Nebenerscheinung, die den Gang der Ereignisse nicht stark beeinflusst.“

Die Arbeiter im Rentenalter wurden wieder verpflichtet an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren oder durften erst gar nicht in Rente gehen. Um den riesigen Bedarf der Kriegsindustrie an Arbeitern zu decken, wurden auch zehntausende aus dem Handwerk in die Industrie verlagert. Auch mit „unsichtbaren“ Arbeitskräften wie Hausierern, Musikern oder Obdachlosen wurde so verfahren. Sogar die „Krüppelgarde“, wie Blinde oder Invalide genannt wurden, setzte man ein. Das von den Nazis so vielbeschworene Kleinbürgertum wurde von den Monopolen und ihren Kriegsanstrengungen völlig ruiniert und ebenso in die Fabrik getrieben.

Die Annexion und Okkupation von Österreich und den Sudeten brachte 3 Millionen neue Arbeitskräfte für den Weltkrieg. Vom Überfall auf Polen bis zum Angriff auf die Sowjetunion wurde kein einziges nennenswertes neues Gesetz zur totalen Ausrichtung der Arbeit auf Krieg eingeführt. Alle diese Maßnahmen waren bereits ein Jahr vor Kriegsbeginn umgesetzt.

Allerdings nahm der Terror bei Umsetzung der lange vorher beschlossenen Gesetze erschreckend zu. So schrieb das Ar-

beitsamt Eisleben:

„Ich habe den Dienstverpflichteten Vg. Horst Lange, Siebigerrode, von dem Kreisarzt Dr. Schröck untersuchen lassen, um festzustellen, ob die vorgebrachten Klagen – Bergarbeiten nicht verrichten zu können – begründet waren.

Nach dem Untersuchungsergebnis bestehen gegen die Arbeit als Schlepper keine Bedenken. Ich habe daraufhin L. aufgefordert, seine Arbeit auf dem Vitzthum-Schacht umgehend wieder aufzunehmen, anderenfalls das Arbeitsamt gezwungen ist, eine Inhaftierung durch die Gestapo zu veranlassen.“

Sofort nach der Besetzung Polens wurden das Arbeitsamt flächendeckend als Okkupationsorgan zur Erfassung und zum Einsatz aller, unter den Faschismus gefallenen Arbeitskräfte eingerichtet. Teilweise wurde ein Viertel der Einwohner einer Stadt verhaftet und zur Arbeit abtransportiert. Wenn nicht ausreichend erwachsene Arbeiter zur Verfügung standen, wurden deren Kinder ab 14 Jahren zur Zwangsarbeit deportiert.

Auch die Arbeitshetze der Arbeiter in Deutschland nahm enorm zu. In manchen Bereichen wurde der uneingeschränkte Arbeitstag eingeführt und die Regelung der Arbeitszeit völlig den Kapitalisten überlassen. Frauen wurden ab 1941 zur Arbeit in den Bergwerken zwangsverschickt.

Der Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern war die bewusste Politik der Ausrottung. Diese Zwangsarbeiter sollten arbeiten bis sie „verrecken“. So wurden unter den sowjetischen Zivilarbeitern 3/5 aller Deportierten ermordet, bei den Kriegsgefangenen waren die Opferzahlen weit höher. Im Mai 1944 erreichte die Zahl der nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten mit 7 Millionen den höchsten Stand. Diese Arbeitssklaven waren unabdingbar notwendig um die faschistische Kriegsmaschine am Laufen zu halten, da knapp 10 Millionen Wehrmachtangehörige nicht in der Produktion, sondern direkt an der Front gebraucht wurden. Diesen Zwangsarbeitern und Soldaten standen nur 30 Millionen deutsche „Zivilarbeiter“ gegenüber. Trotz eines permanenten Arbeitermangels kam es nicht zu entscheidenden Einbrüchen in der Kriegsproduktion.

II. Vom Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) zum Reichsarbeitsdienst (RAD) der Nazis

Erstmals im deutschen Reich und als Vorbild des Arbeitsdienstes in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ dienend, war der „Vaterländische Hilfsdienst“ erst während des ersten imperialistischen Weltkrieges als verpflichtender Arbeitsdienst eingeführt worden.

Anfang der Zwanziger gab es mehrere Vorstöße der Ultrarechten zur Einführung einer Arbeitsdienstpflicht. Etliche davon kamen aus Bayern. Der deutschnationale Stahlhelm forderte eine Arbeitsdienstpflicht als Ersatz für die durch den Versailler Vertrag abgeschaffte Wehrpflicht mit militärischer Ausrichtung. Aber erst die Weltwirtschaftskrise 1929, die Massenerwerbslosigkeit und die zunehmenden Kriegsvorbereitung veranlassten die Brüning Regierung, einen Arbeitsdienst als „produktive Arbeitslosenfürsorge“ ab 1931 zu fördern. Es wurden ausschließlich Erwerbslose für ca. 5 Monate in den FAD aufgenommen, wobei deren Stütze komplett an die Träger des Arbeitsdienstes überwiesen wurde. Als Träger dienten Sportvereine, Kirchen,

Gewerkschaften, der Reichsbanner, aber auch die Technische Nothilfe und der Stahlhelm.

Während der Krise erhielten nur ca. 20 % der erwerbslosen Jugendlichen überhaupt Arbeitslosengeld, wovon wiederum ein Fünftel beim FAD waren. Durch die Notverordnungen der Papenregierung wurde die Beschränkung auf Erwerbslose aufgehoben. Danach konnten sich nicht mehr schulpflichtige Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren dienstverpflichten. Im Juli 1932 waren 75.000 im FAD. Der FAD war von Mitgliedern des Stahlhelm durchsetzt. Neben Deicharbeiten, Moor-entwässerung und Sportplatzbau wurden die FAD'ler schon zu dieser Zeit zum Befestigungsbau in Ostpreußen eingesetzt. Die Jugendlichen hatten eine Wochenarbeitszeit von 36 bis 42 Stunden und waren in Arbeitslagern zusammengefasst. Nach der Arbeit waren Sport, Schulungen (ideologische und fachliche) und Kameradschaftsabende vorgesehen. Streikaufrufe von Jungkommunisten gegen die katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen führten mehrfach zur Schließung ganzer Lager. Allerdings war das Kräfteverhältnis im FAD in der Regel zu Gunsten der Reaktion. Aber auch außerhalb des FAD wurden von der Arbeiterjugend erbitterte Kämpfe gegen diesen „freiwilligen“ Zwangsdienst geführt.



Die Roten Jungwähler marschieren gegen Arbeitsdienstpflicht“ – Demonstration zu den Reichstagswahlen im November 1932

Die Entwicklung zum RAD ist untrennbar mit dem Namen Konstantin Hierl (1875 -1955) verbunden. Er war Generalstabschef des ersten Weltkriegs, 1923 Oberst im Reichswehrministerium und verfasste damals eine Denkschrift, in der er ein Jahr Arbeitsdienstpflicht für alle männlichen 17-20 Jährigen vortrug. Weiter stellte er die Erziehung zum „deutschen Staatsbürger“, die „Überwindung des marxistischen Klassenkampfgeistes, des rechthaberischen deutschen Parteigeistes durch den Geist der Volksgemeinschaft“ und die „körperliche und sittliche Erziehung für die Aufgabe des Vaterlandverteidigers“ als Kernaufgaben dar. Für Hierl sollte die Arbeitsdienstpflicht nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zur Wehrpflicht eingeführt werden. Er trat 1929 der Naziapartei bei, wurde zwei Jahre später „Beauftragter des Führers“ für den Arbeitsdienst der NSDAP, später Reichsarbeitsdienstführer und Reichsminister. Hierl wandte sich entschieden gegen einen freiwilligen Dienst, anders der Strasser-Flügel innerhalb der Naziapartei, der auf eine Beteiligung als Träger des FAD setzte.

Als die Nazis im Juli 1932 die Landesregierung in Anhalt

übernahmen, stellten sie einen Landesarbeitsdienst mit 2.000 Mann auf, dessen Führung bewaffnet war und der vorwiegend gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt wurde. Auch in anderen Ländern der Republik wurden ähnliche Maßnahmen getroffen. Der primäre Zweck all dieser Naziunternehmungen war die Arbeitsdienstpflicht für die Machtübernahme vorzubereiten, den Stamm der Führer auszubilden und praktisch zu erproben. Von 175.000 RAD'ler im Januar 1933 waren 2/3 in geschlossenen Lagern kaserniert. Nach der Machtübertragung an die Faschisten wurden der SA-, NS- und der Arbeitsdienst des Stahlhelms im RAD zusammengefasst und hier als Reichsarbeitsführer unterstellt. Alle Dienstträger übergaben ihre Funktion an den RAD. Dieser war eine Kombination aus Staats- und Parteiorganisation, wurde aber staatlich finanziert. Da hier durch das ihm übergeordnete Reichsarbeitsministerium die Eigenständigkeit seiner Organisation gefährdet sah, wurde sie mit Hilfe von Hitler unter Wahrung der Unabhängigkeit ins Reichsministerium des Inneren, eingegliedert.



Auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Juni 1933 wurde ein Verbot der Arbeitsdienstpflicht beschlossen, was ein Umgehen und zielstrebiges Vorbereiten dessen nötig machte. So sah die Arbeitsgesetzgebung der Nazis einen „Arbeitsplatztausch“ von Jungarbeitern mit älteren und verheirateten Arbeitern vor. Ausgenommen waren solche, die den Arbeitsdienst oder die Landhilfe abgeleistet hatten. Die Gerichte und Arbeitsämter übten Druck gegen die erwerbslosen Jugendlichen aus, um sie in den RAD zu pressen. Abiturienten und Studenten wurde der Beginn oder das Weiterführen eines Studiums ohne Arbeitsdienst verwehrt. Ab Mai 1935 wurde der RAD zur Voraussetzung für die Ableistung des Wehrdienstes. In Regensburg z.B. wurde

einfach der allgemeine Zwangsdienst eingeführt. Der Jungfacharbeitermangel verhinderte allerdings die gleichzeitige Einführung von Wehr- und Arbeitsdienst.

Die Arbeitsdienstpflicht wurde am 26. Juni 1935 mit dem Reichsarbeitsdienstgesetz eingeführt. Alle jungen männlichen Deutschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren waren, sofern sie nicht untauglich, vorbestraft oder „nicht arischer“ Abstammung waren, zu einer sechsmonatigen Dienstzeit verpflichtet. Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes wurde zunächst auf 200.000 Mann festgelegt. Die „Arbeitsmänner“ wurden jahrgangsmäßig eingezogen, wobei es viele Ausnahmen gab, wie die freiwillige Meldung zur Armee oder die Unabkömmlichkeit in der Industrie.

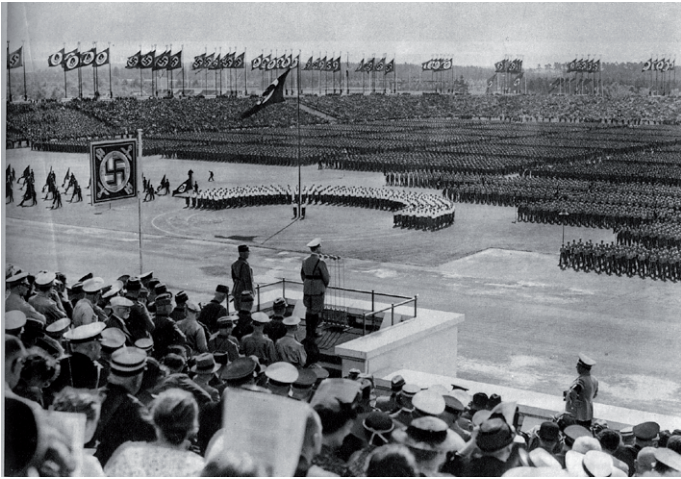
Groß angelegte Manöver zur Kriegsvorbereitung wurden ab 1935 durchgeführt. Mit dem Leni Riefenstahl-Film „Triumph des Willens“ wurden die Deutschen 1935 auf den RAD eingeschworen. Seit 1937 erschien die Wochenzeitung „Arbeitsmann“ nach dem Vorbild des Stürmers. Die Strafen bei Disziplinverstößen reichten von Lager-, Stuben- bis Zellenarrest und lagen im Ermessen des Dienstvorgesetzten.

1937 wurde der RAD aus dem Reichsministerium des Inneren ausgegliedert und war kurzzeitig eigenständig. Es gab Bestrebungen der Wehrmacht, ihn als 4. Truppenteil, sozusagen als Baurtrupp einzugliedern, was allerdings verworfen wurde. Aber in den Mobilmachungsplänen wurde er berücksichtigt und 1938 unter das Oberkommando der Wehrmacht gestellt. Hier wurde 1943 als Reichsminister eingesetzt. Sein Führungskorps umfasste eine Stammmannschaft von 4.000 bis 5.000 RAD'lern die Staatsbeamten und Soldaten der Wehrmacht finanziell gleichgestellt waren.

Im Zeitraum 1935-39 wurden pro Jahr ca. 400.000 bis 500.000 Arbeitsdienstler eingezogen. Dies ist auch die Zeit, in der er die größte Bedeutung für die Nazis erreichte. Durch den immer größeren Mangel an Maschinen- und Kanonenfutter wurde die Dienstzeit für die männlichen RAD'ler stark reduziert, so dass sie Anfang 1945 nur noch sechs Wochen betrug. Seine Maximalstärke erreichte der RAD im April 1939 mit 380.000. Wenige Tage nach Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 wurde die Arbeitsdienstpflicht auch für weibliche Jugendliche eingeführt, die als „Arbeitsmädchen“ Mütter im Haushalt entlasteten oder zu Einsätzen in der Landwirtschaft, zum Kriegsdienst im Flugmeldedienst bei der Luftwaffe oder bei der Flak herangezogen wurden. Der Anteil der Frauen beim Zwangsdienst umfasste 25.000 bis 30.000, ihre Dienstzeit wurde von einem halben Jahr auf 1 ½ Jahren erhöht und schließlich die Befristung völlig aufgehoben.

Seit dem Überfall auf Polen wurde der RAD verstärkt auf den direkten Kriegseinsatz ausgerichtet und im Krieg gegen Polen, Norwegen, Frankreich und die UdSSR eingesetzt. Diese RAD-Abteilungen waren zwar bewaffnet, wurden aber ganz schön aufgerieben und deshalb 1943 von der „Ostfront“ abgezogen. Im besetzten Dänemark wurde sogar ein eigener RAD aufgestellt. Da er den Anforderungen eines modernen mechanisierten Bewegungskrieges nicht standhielt - da konnte auch die Ausrüstung mit Fahrrädern nichts ändern - wurde der größte Teil an die „Heimatfront“ gegen den von den Alliierten verstärkt geführten Luftkrieg zurückbeordert. So wurden 1944 60.000 an Flakbatterien eingesetzt, um damit Soldaten für die Front

freizumachen. Durch einen Erlass von Hitler wurde dem RAD ab September 1944 die Ausbildung der Rekruten übertragen.



Appell des Reichsarbeitsdienstes beim Reichsparteitag in Nürnberg

Bei der Schlacht um Berlin wurden auch drei Divisionen des RAD eingesetzt.

Die Aufgaben des RAD änderten sich mit dem Verlauf der Kriegsvorbereitungen und während des Krieges. Er war einer der wichtigsten Kettenglieder zur totalen Erfassung und Mobilisierung der Jugend im „Dritten Reich“, wie Hitler 1938 in einer Rede vor Angehörigen der HJ ausführte:

„Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln, und wenn diese Knaben mit zehn Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort zum ersten Mal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre. Und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK und so weiter. Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewusstsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre, und wenn sie nach zwei oder drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter, und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben.“

Neben dieser Ideologischen Durchdringung war der RAD anfangs Teil der Autarkie-Bestrebungen Nazideutschlands, wo er für die Vergrößerung der nutzbaren Agrarfläche und ihrer qualitativen Verbesserung eingesetzt wurde. Auch für die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik spielte er eine Rolle, da die Mitglieder des RAD während und nach ihrer Dienstzeit nicht mehr auftauchten. Auch zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung sollte er als „potenzielle Eingreiftruppe“ eingesetzt werden können. So der RAD-Nazi Decker 1934: „Wenn es heute noch irgend eine Reaktion geben sollte, so sind die Fäuste und Spaten der Arbeitsmänner dazu da, den Boden so umzugraben, dass kein Unkraut mehr wächst.“ Sie wurden zur Kultivierung,

in der Landwirtschaft, zu Notstandsarbeiten, beim Reichsautobahnbau, zur Beseitigung von Bombenschäden, zum Bau von Feldflughäfen und des Ost- und Westwalls, zum Stellungsbau, zur Partisanenbekämpfung, zur Errichtung von Ghettos und zur Bewachung von jüdischen- und Kriegsgefangenen eingesetzt. Für die deutsche Kriegswirtschaft war der RAD ökonomisch fragwürdig, da er deutlich unproduktiver war, als die Arbeiter in der Industrie.

In den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde der RAD weder unter den „verbrecherischen Organisationen“ aufgeführt, noch überhaupt groß erwähnt. Nur sein Leiter Hierl wurde 1948 als „Hauptschuldiger“ zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt. 1955 veröffentlichte er seine Memoiren „Im Dienst für Deutschland“.

In der BRD wird seit der Annexion der DDR und der Wirtschaftskrise Mitte der Neunziger wieder laut über die Einführung eines Arbeitsdienstes nachgedacht. So titelte die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ 1996 „Arbeitsdienst? Warum nicht!“. Wir haben gesehen, dass die gesetzlichen Grundlagen der Arbeit für den Krieg schon vor der Entfesselung des letzten Weltkrieges durchgesetzt waren. Dass sie schon zu „Friedenszeiten“ ihre Kriegsfähigkeit voll hergestellt hatten. Und dass heute ebenso im „Frieden“ die Vorbereitungen für den Krieg – etwa durch die Hartz-Gesetze vorangetrieben werden. Diese Hartz-Gesetze, die den „freien Arbeiter“ (frei von Produktionsmittel und frei seinen Ausbeuter zu wählen) mit Zwangsmitteln in Leiharbeit pressen.

Wie sich der „Bundesfreiwilligendienst“ weiter entwickeln wird ist noch unklar. Klar ist dagegen, dass solche Organe für den Krieg vorbereitet sein müssen, damit eine ideologische und flächendeckende Mobilmachung gewährleistet ist.

Michi

Pleiten, Pech und Pannen oder: Zwei wie Pech und Schwefel

Das Jahr 2011 wird in den bürgerlichen Geschichtsbüchern als das Jahr eingehen, an dem zu Tage trat, dass ein bundesdeutscher Inlandsnachrichtendienst, der sogenannte Verfassungsschutz, „versagt“ hatte. Auf Grund von „Versäumnissen“, „Verfahrensfehler“ und „mangelnder Zusammenarbeit“ hätte die faschistische Mördertruppe Nationalsozialistischer Untergrund, NSU, mindestens zehn Personen töten, mindestens drei Sprengstoffanschläge verüben sowie mindestens 14 Banken überfallen können.

Das SPD-Mitglied und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, gibt am 19.12.2011 ein Interview für „Der Tagesspiegel Online“ und tut verwundert: „Wir haben derartige Verbrechen nicht für möglich gehalten.“ Dass Faschisten ihrer Ideologie nach dazu in der Lage sind, sollte niemanden verwundern. Aber dass sie seit 1998 ihr Unwesen

mittelbarer Nähe zum Tatgeschehen befanden. Naheliegender ist, daß hier nicht nur Beziehungen zu neonazistischen Tätern bestanden, sondern vielmehr eine direkte Verquickung in deren verbrecherisches Tun. Das schockiert uns.“ Nicht nur hat die Süddeutsche Zeitung Informationen, wonach der Vater des toten Rechtsterroristen Uwe Mundlos bereits vor dem Abtauchen des »Zwickauer Terror-Trios« 1998 ein anonymes Schreiben erhielt, wonach Zschäpe, die gerade im Gefängnis sitzende letzte Überlebende des „Zwickauer Trios“, als Informantin für

Kampagne »Zusammen handeln! Gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung«

Die neuesten Veröffentlichungen über die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die Morde der Neonazigruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) lassen immer mehr den begründeten Verdacht der Strafvereitelung im Amt sowie der Beihilfe durch Unterlassung der Behörde vermuten. Die Staatsanwaltschaft ist aufgefordert, endlich aktiv zu werden. Sowohl behördlich als auch politisch Verantwortliche müssen für das scheinbar gezielte Versagen zur Rechenschaft gezogen werden. Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des neonazistischen Problems in Deutschland.

Die bundesdeutschen Geheimdienste, die von Anfang an Probleme mit der Aufarbeitung ihrer eigenen braunen Vergangenheit hatten und noch haben, erwiesen sich bereits bei der Verhinderung der neonazistischen Wiederbetätigung nach dem Krieg als unwillig und wurden darin von der herrschenden Politik flankiert, bestärkt und gedeckt. (...) Die Geheimdienste müssen als untaugliche und demokratiefeindliche Instrumente abgeschafft werden, wie die NPD als organisatorische, personelle und ideologische Basis der neonazistischen und rassistischen Mörder, Gewalttäter und Hetzer verboten werden muß. Um Neonazis von staatlichen Geldern abzuschneiden, ist ein sauberes NPD-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht der einzig gangbare Weg. (...) Auch nach allen Enthüllungen über die Blutspur der Zwickauer Naziterroristen will die CSU die Neonazis nicht bekämpfen. Diese sollen nun im Sinne des Extremismusansatzes der Bundesregierung auch noch als Begründung für die Forderung nach einem Verbot der Linkspartei herhalten. Wer angesichts von über 150 durch Neonazis und Rassisten ermordeten Menschen seit 1990 solche Vergleiche zwischen Rechtsextremen und der Linken macht, ist mit einer geradezu kriminellen politischen Blindheit geschlagen



treiben können, ohne dass der Staat mit seinem immensen Gewaltenapparat sie nicht hinter Schloss und Riegel brachte, sondern zusah und nichts unternahm, ist ein Skandal. Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Fédération Internationale des Résistants (FIR – Internationale Föderation der Widerstandskämpfer) meint, dass viele Mitglieder außerhalb Deutschlands fassungslos sind, fassungslos, „dass ausgerechnet in einem Land mit der Vergangenheit des Völkermords der Nazis an Juden und Andersdenkenden so etwas stattfinden“ konnte. Das insbesondere Bestürzende daran sei, „dass diese Verbrechen staatlich gedeckt oder sogar mit staatlicher Beteiligung ermöglicht wurden. (...) Der Skandal sind nicht die mordenden Nazis, sondern das Verhalten von Behörden, die eigentlich dazu beitragen sollten, daß solche Verbrechen nicht geschehen. Sie sind sogar involviert, wie es für einen Rechtsstaat unvorstellbar ist: Beispielsweise, daß Ämter V-Leute führen, die sich in un-

staatliche Behörden arbeitete. Thomas Dienel war V-Mann. Er war in Thüringen bis Mitte der 90er Jahre einer der aktivsten Neonazis, leistete „erhebliche Aufbau- und Organisationsarbeit“ und knüpfte Kontakte zu westdeutschen Nazi-Kadern. Er sagte öffentlich, dass er „seine Aktionen zeitweise mit dem Verfassungsschutz abgesprochen habe“. Und hinsichtlich von Gerichtsprozessen meint er: „Man hat mich gedeckt“. Tino Brandt war V-Mann. Vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre war er einer der aktivsten Faschisten in Thüringen. Von 1994 bis 2000 soll er über 200000 Euro vom Verfassungsschutz bekommen haben. Diese Mittel dienten zum Aufbau von Neonazi-Strukturen, dank der „die rechtsextreme Szene

in Thüringen ihren gegenwärtigen Organisationsstand und ihre Aktionsfähigkeit erlangen konnte“. Die „Berliner Zeitung“ berichtete unter Berufung auf Sicherheitskreise, dass der Verfassungsschutz den Thüringer Neonazi-Anführer Tino Brandt über die gegen ihn gerichteten Observationsmaßnahmen der Polizei auf dem Laufenden gehalten hatte. Bis 2000 war Tino Brandt auch Anführer des Thüringischen Heimatschutzes. Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag, fasste in einem Interview zusammen: „Der neofaschistische ‚Thüringer Heimatschutz‘ wäre ohne Tino Brandt und Tino Brandt ohne den Verfassungsschutz nicht denkbar gewesen. Das heißt, der NSU, der dann aus dem ‚Thüringer Heimatschutz‘ erwachsen ist, hat seinen Humus gelegt bekommen in all dem Geld, das der Verfassungsschutz dort hinein gepumpt hat.“ Außerdem war mindestens beim letzten Anschlag in ei-

nem Kasseler Internetcafé 2006 ein hessischer Verfassungsschützer, Andreas Temme, der auch unter dem Spitznamen „Kleiner Adolf“ bekannt wurde, zumindest zufällig anwesend. Seinen Namen hat er unter anderem auch dem Fakt zu verdanken, dass Kopien des von Hitlers „Mein Kampf“ und andere verbotene Schriften sowie mehrere Schusswaffen und illegale Munitionsbestände bei ihm gefunden worden sind. Mordopfer war der 21-jährige Halit Yozgat. Der bekannteste V-Mann der deutschen Geschichte ist wohl Adolf Hitler in der Vorgängerpartei der NSDAP, der Deutschen Arbeiterpartei DAP. Reinhard Opitz beschreibt es in seinem Buch „Faschismus und Neofaschismus“ so: „Im September 1919 erteilt Hauptmann Karl Mayr dem Gefreiten Adolf Hitler den militärischen Dienstbefehl, eine Versammlung der DAP aufzusuchen. (...) Wieso war der Reichwehrhauptmann Karl Mayr in der Lage, Hitler einen

Hamburg, 15. Dezember 2011

Offener Brief des Auschwitz-Komitees an die Regierenden

„Wir, die letzten Zeugen des faschistischen Terrors, rufen auf: [...] Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten! Erinnern heißt handeln!“

(Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren, in großer Sorge wenden wir uns heute an Sie. Antisemitische, rassistische und neofaschistische Ideologie und Praxis finden Akzeptanz bis in die Mitte der Gesellschaft. Sie, die Regierenden, tragen Mitverantwortung an den „deutschen Zuständen“ heute, an der Ökonomisierung des Denkens, an der Entsolidarisierung der Gesellschaft, und, daraus folgend, an der sozialen Spaltung, die Ängste schürt. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit haben heute wieder Konjunktur in Deutschland.

1. In Zeiten, in denen hierzulande mindestens zehn Menschen von einer rechten Terrorbande ermordet wurden, weil sie türkische und griechische Namen trugen und mindestens 13 Jahre lang der „nationalsozialistische Untergrund“/NSU unter den offensichtlich rechts zugeordneten Augen der Polizei, der Justiz und des Verfassungsschutzes wütete,

2. in Zeiten, da 182 Tote durch Gewalt von Nazis und Neonazis in den vergangenen 20 Jahren von den Regierenden scheinbar übersehen wurden, obwohl doch Ausstellungen wie „Opfer rechter Gewalt“ seit Jahren vielerorts gezeigt wurden, einschlägige Websites und Foren mit unendlicher Mühe von NGOs, Bürgerinitiativen und Opferverbänden ganz öffentlich zugänglich waren und sind,

3. in Zeiten, in denen selbst im Winter Menschen schon wieder nachts aus dem Schlaf gerissen und abgeschoben werden, Bürgerkriegsflüchtlinge, Roma, Familien mit Kindern, Alte und Kranke in elende Zustände gewaltsam verbracht werden, obwohl auch Überlebende des Holocaust, die im Exil Zuflucht fanden, immer wieder das Bleiberecht anmahnen,

4. in Zeiten, in denen ungeachtet zahlreicher Proteste, trotz Mahnungen von Überlebendenorganisationen, von den Zentralräten der Juden und der Muslime, von WissenschaftlerInnen die Fachministerin beratungsresistent bleibt. Fremdschämen müssen wir uns für die Ministerin Schröder, die mit ihrer so genannten „Extremismusklausel“ Überlebendenorganisationen und seit Jahrzehnten ehrenamtlich arbeitende Initiativen gegen rechts mit dem Generalverdacht überzieht, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Bespitzelung und Verdächtigung statt Aufklärung und Anerkennung, Geld nur gegen Gesinnungsschnüffelei – wie groß wird der Scherbenhaufen sein, den das Ministerium hinterlässt?

5. in Zeiten, in denen schon wieder obrigkeitstaatliches Denken Konjunktur hat, durch das Befolgen von Befehlen und Anordnun-

gen selbst bei Frosttemperaturen mit Wasserwerfern auf Menschen geschossen wird, die in friedlichen Blockaden sich mutig auf die Straßen der Städte setzen, um marschierende Neonazis zu stoppen. Gegen die Tränengas in gesundheitsgefährdenden Mengen eingesetzt wird. Der Vertrauensverlust in demokratische Zustände ist kaum zu ermessen, wenn Demonstranten weggespritzt und anderweitig traktiert werden, Menschen bespitzelt, überwacht und ausgehorcht werden, Mobilfunkdaten missbraucht werden, Immunitäten von Abgeordneten aufgehoben werden,

6. in Zeiten, in denen selbst ein Shoa-Überlebender wie Ernst Grube, VN-BdA-Vorsitzender in Bayern, vom Nachrichtendienst überwacht und als Zeitzeuge diskreditiert wird,

7. in Zeiten, in denen die NPD und neofaschistische Kameradschaften ganze Regionen zu „nationalbefreiten Zonen“ erklären und die NPD immer noch nicht verboten ist mischen wir uns ein und fordern Sie auf: Handeln Sie, jetzt!

Sieben Sofortmaßnahmen schlagen wir Ihnen vor:

Schluss mit der öffentlichen Subventionierung neofaschistischer Organisationen durch V-Leute, wir fordern gründliche und parlaments-öffentliche Aufklärung der Morde selbst sowie der Verfehlungen und Verstrickungen des Verfassungsschutzes und der Polizei in die Morde des „nationalsozialistischen Untergrunds“ und ähnlicher Geheimbünde. Schluss mit der Unkultur des Verdachts und der Gleichsetzung „Rot gleich Braun“, wir fordern gründliche und öffentliche Aufarbeitung aller Todesfälle durch rechte Gewalt in den vergangenen 20 Jahren

Schluss mit den Abschiebungen, Bleiberecht für alle, insbesondere für Rom und Sinti Schluss mit den Verdächtigungen staatlich nicht kontrollierter Projekte und Initiativen gegen rechts! Schluss mit der Gewalt gegen Menschen, die ihren eigenen Körper in friedlichen Sitzblockaden gegen Neonaziaufmärsche einsetzen, die großen Mut beweisen und unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft sind. Schluss mit der Kriminalisierung und Überwachung von Überlebenden des Holocaust, die Diskreditierung ihrer Zeitzeugenarbeit wie z.B. bei Ernst Grube in Bayern muss sofort beendet werden Und Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel und die Bundesregierung fordern wir wiederum auf: Verbieten Sie endlich nach Artikel 139 Grundgesetz und entsprechend dem Potsdamer Abkommen die NPD und alle faschistischen Nachfolgeorganisationen, ihre Schriften, ihre Embleme, ihre Aktivitäten! Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig.

Bitte unterrichten Sie uns über Ihre Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano, Vorsitzende

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Postfach 304 185 20324 Hamburg

Vorsitzende: Esther Bejarano

Tel. +49 (0)175 9 374 446 Fax: +49 (0)40 380178 53874

Konto: 60179 2206 Postbank Hamburg BLZ 200 100 20

AuschwitzKomitee@t-online.de oder Auschwitzkomitee@aol.com



solchen Befehl zu erteilen? (...) Unter den zuvor von Epps Truppe bereits [beim Einmarsch in München im Mai 1919] wahllos auf Verdacht Verhafteten hatte sich auch Hitler befunden. (...) Dieser Gefreite Adolf Hitler erwies sich nun jedoch bei seiner Vernehmung durch die Untersuchungskommission als ein so umfassend aussagefreudiger und eifriger Kameradendenunziant, daß die Vernehmungsoffiziere aus Hauptmann Mayrs Überwachungstruppe den Eindruck gewannen, einen solchen Mann gut gebrauchen zu können, weshalb man ihm antrug, in die Dienste der ‚Nachrichtenabteilung‘ zu treten. Hitler ging darauf ein, wurde ‚V-Mann‘ (also Spitzel, in der schonenderen Sprache der Dienststelle ‚Vertrauensmann‘) der Abteilung Ib/P und als solcher daher von nun auf deren Mitarbeiter- und Gehaltslisten geführt. (...) Hauptmann Karl Mayr schickt, sobald Hitler zum DAP-Propagandaobmann ernannt ist, nunmehr systematisch einen Mitarbeiter seiner Propagandaabteilung nach dem anderen Hitler in die DAP nach: beginnend mit Hermann Esser, Mayrs eigenem Pressereferenten, über Max Amann, Hitlers ehemaligem Regimentsfeldwebel, bis zu Rudolf Schüßler, Hitlers Unterfeldwebel und unmittelbaren Vorgesetzten in der Kaserne (in dessen Dienstbüro die DAP-Geschäftsstelle bis zur Anmietung des Raumes im ‚Sterneckerbräu‘ untergebracht war, und der Ende 1919, mit Anstellungsdatum zum 1. Januar 1920, zum ersten hauptamtlichen DAP-Geschäftsführer wird) und, neben anderen, bis zum Offiziersstellvertreter Karl Beggel, einem V-Mann-Kollegen Hitlers. Und das gleiche tut auch, aus den ihm zugänglichen, ein sehr viel größeres Reservoir darstellenden ‚zuverlässigen‘ Militärkreisen heraus, der Hauptmann Ernst Röhm“.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden von der NATO systematisch das faschistische Netzwerk „Stay Behind Organization“, oder auch „Gladio“ genannt, aufgebaut, „eine geheime, paramilitärisch organisierte Truppe“. Sie sollte im Westen Europas im Falle einer sowjetischen „Invasion“ sich „überrollen“ lassen und in den besetzten Gebieten eine Art Partisanenkampf gegen „eventuelle realsozialistische Besatzungskräfte führen“.

Ab 1953 stand sie in Deutschland unter dem Kommando des für das Ausland zuständigen Geheimdienstes Bundesnachrichtendienst bzw. ihrem Vorläufer, der Organisation Gehlen, dessen Personal sich vor allem aus dem faschistischen Generalstab des Heeres der Abteilung Fremde Heere Ost speiste. Ein ehemaliger StayBehind-Mann aus dem BND berichtet: „Wir bildeten die unterste Ebene und sorgten dafür, dass un-

Glossar des Bundesamts für Verfassungsschutz

V-Leute

Vertrauensleute, sogenannte V-Leute, sind Personen, die planvoll und systematisch zur Gewinnung von Informationen über extremistische Bestrebungen eingesetzt werden. Sie sind keine Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Für ihre Informationen werden sie in der Regel entlohnt. Die Identität von Vertrauensleuten wird besonders geschützt (s. a. Quellenschutz). Bei dem Einsatz von V-Leuten handelt es sich um ein nachrichtendienstliches Mittel/Instrument.

Quelle/Quellenschutz

Im nachrichtendienstlichen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff „Quelle“ die Herkunft einer Information. Quellen können Personen (z. B. V-Leute), aber auch Medien (z. B. Internet, Druckerzeugnisse) oder andere Behörden sein. Unter „Quellenschutz“ versteht man alle Maßnahmen, die erforderlich und geeignet sind, eine nachrichtendienstliche Quelle vor einer Enttarnung und deren Folgen zu schützen.

sere zivilen Helfer im Kriegsfall Zugriff auf Depots mit Waffen, Sprengstoff, Funkgeräten und Finanzen hatten und damit auch umgehen konnten.“ Zu diesen Personen soll auch NPD-Aktivist Heinz Lembke aus der Lüneburger Heide zählen. Im Oktober 1981 wurde in der Lüneburger Heide ein riesiges Waffenlager gefunden, das sich in seinem Besitz befand. Zwischen seiner Ankündigung einer Aussage und seiner Aussage aber wurde Lembke erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Es wird vermutet, dass Verbindungen zwischen dem faschistischen Attentat 1980 auf dem Oktoberfest und dem Waffenlager bestehen, woher die Bombe, durch die 13 Menschen getötet und über 100 verletzt wurden, stammen soll. Aber offiziell wird bei dem Attentat von einem „Einzeltäter“ ausgegangen, nachdem man versucht hat, diesen Anschlag, wenige Tage vor der Bundestagswahl, den „Linken“ in die Schuhe zu schieben. Der Selbstmordattentäter Gundolf hatte der zuvor verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ angehört.

Die Wehrsportgruppe Hoffman selber war von V-Männern durchsetzt, so wie auch bei geplanten bzw. diskutierten Anschlag auf die 2003 stattfindende Grundsteinlegung der neuen Synagoge in München. Neun Faschisten wurden festgenommen. Darin war auch der V-Mann des bayerischen Innenministeriums Didier Magnien involviert. In der ARD-Sendung „Report Mainz“ vom 26.7.2004 wird er wie folgt zitiert: „Wenn ich über den Marienplatz gehe, dann stelle ich mir vor, wie toll es wäre, wenn so ein Ding hochgeht und 2000 Leute draufgehen.“. Die Anwältin von Martin Wiese, dem Hauptangeklagten, behauptet: „Der V-Mann hat Wiese eine Menge erzählt und beigebracht, was Wiese noch nicht wußte. Und hat insofern nicht nur Wiese inspiriert und geprägt, sondern mittelbar über Wiese selbstverständlich auch diese ganze Gruppierung. Denn Wiese hat alles, was er da neu erfahren hat, postwendend an die Gruppe weitergegeben.“ Und der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard-Rudolf Baum stellt verneinend fest: „Er hat eine sehr aktive Rolle übernommen und nicht gewartet, was die anderen machen, um es dann seinem Auftraggeber zu offenbaren. Er hat nicht nur mitgemacht, er hat gemacht. Er war in vieler Hinsicht der aktive, der treibende Teil, der Organisator, das Gehirn der Truppe. Und ich meine, so weit darf ein V-Mann nicht gehen.“ Es stellt sich die Frage: Was aber, wenn V-Männer so weit gehen? Hierzu hat ein kleiner kritischer, demokratischer Teil der Wissenschaft und der

Journalisten eine klare Stellung:

Der Leitartikel von Christian Bommarius in der Frankfurter Rundschau vom 23.12.2011 trägt den Titel: „Verfassungsschutz: Der Verdacht der Kumpanei“. Der Artikel beginnt folgendermaßen: „Bis heute ist ungeklärt, ob der Terrorist und V-Mann Ulrich Schmücker am 5. Juni 1974 mit Wissen, mit Duldung oder unter Mitwirkung des Verfassungsschutzes ermordet wurde. Die Verantwortung dafür trägt der Verfassungsschutz. Als der längste Prozess in der Geschichte der Bundesrepublik gegen sechs mutmaßliche Terroristen wegen der Ermordung Schmückers am 28. Januar 1991 nach 15 Jahren, 591 Verhandlungstagen und vier Verfahren eingestellt wurde, attestierte die 18. Strafkammer des Landgerichts Berlin dem Verfassungsschutz erstens Mitschuld am Tod Ulrich Schmückers, zweitens erhebliche Manipulationen des Verfahrens, die ein Urteil unmöglich machten.“. Nicht auszuschließen ist, dass jetzt im Fall der Beate Zschäpe, Mitglied der Terrorgruppe NSU und noch in Haft, ähnlich verfahren wird. Bommarius weiter: „Die Geschichte des Verfassungsschutzes ist auch die Geschichte seiner Skandale. Die Grauzone, das Zwischenreich von Recht und Verbrechen, ist sein natürlicher Lebensraum, und der Verdacht, von Fall zu Fall sei nicht der Schutz der Verfassung, sondern ihre Bedrohung (...) Eine Leistungsbilanz nach mehr als einem halben Jahrhundert läse sich unvermeidlich als chronique scandaleuse, der sich das Übersehen einer rechtsterroristischen Mordserie als zwar außerordentlicher, aber eben doch nur als ein weiterer Fall des Versagens hinzufügen ließe. Doch wäre es naiv, hier von Versagen zu reden, von Unfähigkeit und Ignoranz. Aus dem Abgrund, in den Staat und Gesellschaft seit Bekanntwerden der Mordserie starrte, steigt der Verdacht der

Kumpanei.“ Er schließt ab mit folgender Aussage: „Wer weiß, wie zuverlässig der Verfassungsschutz in den 50er- und 60er-Jahren bei der Ausspähung selbst unbedeutendster Mitglieder der verbotenen KPD funktionierte, wie entschlossen – s.o. der Fall Schmücker – er der RAF-Szene zu Leibe rückte und seit zehn Jahren radikalen Islamisten, der ahnt, dass es bei der Verfolgung des Zwickauer Trios nicht um Wissen oder Nichtwissen geht – sondern um Wissenwollen oder Nichtwissenwollen. Wer weiß, was der Verfassungsschutz bei der Ausspähung terroristischer Zirkel alles vermag, der wundert sich, dass ihm beim Erkennen einer Mordserie mit neun ausländischen Opfern nichts, gar nichts gelungen ist. Er hat nichts gehört und nichts gesehen? Dann ist er überflüssig. Er hat nichts hören und nichts sehen wollen? Dann ist er eine Gefahr für die Verfassung.“ Dem ist nur hinzuzufügen: Wir wissen!

In Heribert Prantl Artikel: „Wer schützt die Verfassung vor dem Verfassungsschutz?“ aus der Wochenendbeilage der Süddeutschen Zeitung vom 10. Januar diesen Jahres stellt er bissig und wichtig fest: „Hat der Verfassungsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen? Dann ist er, so sagt es der Berliner Journalist Christian Bommarius zu Recht, überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte? Dann ist er, auch das ist zutreffend, eine Gefahr für die Verfassung. Ein überflüssiger Verfassungsschutz ist zu teuer. Und wenn er gar gefährlich ist, dann muss man nicht nur seine V-Leute abschalten, sondern den ganzen Verfassungsschutz.“ Drei Tage zuvor plädieren die Politikwissenschaftler Peter Grottel und Wolf-Dieter Narr schon in der Überschrift ihres Artikels im Tagesspiegel: „Schafft den Verfassungsschutz ab!“. Ihr Artikel beginnt mit einem historischen Rückblick: „Von ihrem Anfang an haben die führenden Instanzen der Bundesrepublik und ihre Vertreter verkannt, dass Demokratie und demgemäßes Verhalten der Bürgerinnen und Bürger gelernt und geübt werden, indem sie praktiziert werden – learning by doing. Stattdessen hob man schon im Parlamentarischen Rat, 1948/49, damit an – und setzte dies im „heißen“ Kalten Krieg mit seinem westdeutsch-ideologischen Antikommunismus fort –, Demokratie dadurch zu schützen, dass man sie einschränkt. Als könne man Bürgerinnen und Bürger im Helldunkel eines öffentlichen Geheimdienstes, genannt Verfassungsschutz, also mit undemokratischen Mitteln demokratisch machen. Bis zum Bundesverfassungsgericht reicht die Fixierung auf das Verfassungskürzel, wahrhaft: eine drastisch verkürzte Demokratie, die ‚freiheitliche demokratische Grundordnung‘. Dieses verkürzte Demokratie- und Freiheitsverständnis, das auf ‚Feinde‘ fixiert ist, hat die Innenpolitik der BRD von Anfang an feindlich aufgeladen.“ Um sodann festzustellen: „Nein! Die Verfassung einer liberalen Demokratie wird durch eine geheimdienstlich angereicherte, informationelle Bürokratie nicht geschützt. Das verhindert die Kontrolllogik einer Bürgerüberwachungsbehörde mit ihrem magersüchtigen Demokratieverständnis.“ Aber die Konsequenz der Regierung aus den Nazimorden ist die Schaffung des „Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus“, abgekürzt „GAR“.

Im Online-Flyer Nr. 335 der Neuen Rheinischen Zeitung ist ein Beitrag von Ingo Niebel, in dem er festhält: „Sein Standort ist nicht Berlin, sondern es agiert zum einen von Meckenheim aus, wo das BKA eine Außenstelle betreibt, und zum anderen von Köln aus, wo das BfV ansässig ist. Diese Kombination von poli-

Skandalös und empörend

Erklärung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) zu den skandalösen Vorfällen um die neofaschistische Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU):

Die Enthüllungen über das neofaschistische Terrornetzwerk der NSU, die in den vergangenen Tagen durch die Medien und die antifaschistischen Organisationen veröffentlicht worden sind, erfüllt die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten als Dachorganisation von Organisationen der ehemaligen Kämpfer gegen den Faschismus, Partisanen, Deportierten und Verfolgten sowie Antifaschisten heutiger Generationen mit großer Sorge. Es wird sichtbar, daß gut zehn Jahre eine neofaschistische Terrorgruppe ihre Morde begehen konnte, ohne daß die Polizei und andere Behörden in diese Richtung ermittelten. Es wird sichtbar, daß die neofaschistischen Verbrecher nicht nur nicht verfolgt wurden, sondern mit dem bundesdeutschen Verfassungsschutz und seinen Unterabteilungen in einem Maße verbunden waren, das über einen informellen Kontakt hinausging. Es liegen Informationen vor, daß in all den Jahren deutsche Behörden Kenntnisse dieser Verbrechen hatten, jedoch nicht eingriffen.

Die Betroffenheit über den zehnfachen Mord verbindet sich mit der Empörung über Untätigkeit und möglicherweise Beteiligten deutscher Behörden an diesen Verbrechen. Und wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß es diese Behörde, die in enger Verbindung zu den neofaschistischen Mördern steht, war, die 2006 in ihrem »Verfassungsschutzbericht« die FIR als »linksradikale Organisation« verleumdete. Mit Blick auf die heutigen Informationen bekommt diese Verleumdung eine ganz eigene Bedeutung.

Wir unterstützen die deutsche Mitgliedsorganisation VVN-BdA, die nach diesen Ereignissen ihre politische Kampagne für ein Verbot der NPD wieder aufgenommen hat: nonpd!

zeilicher und geheimdienstlicher Kooperation entspricht einem Charakteristikum des FBI, das nicht nur kriminalistisch arbeitet, sondern auch nachrichtendienstliche Methoden einsetzt (...) Dieses Gebilde, das im Moment nur in Ansätzen sichtbar ist, bedeutet das definitive Ende vom ‚Trennungsgebot‘, das den wesentlichen Kern des bundesdeutschen Geheimdienstwesens bis 1990/2001 ausmachte. Der Blick in die Zukunft lässt ein modulares ‚Bundessicherheitshauptamt‘ erahnen, das unter Vernachlässigung spezifischer Nazi-Eigenschaften jenes Ausmaß annehmen kann, das einst das Reichssicherheitshauptamt (RSHA, 1939-1945) innehatte. Je nach Notwendigkeit oder politischem Willen können bestehende ‚Gemeinsame Abwehrzentren‘ verschwinden oder neue entstehen.“ Also auch gegen „links“. „Die Zentralisierung der deutschen ‚Sicherheitsarchitektur‘ auf BKA, BND und BfV zu Lasten der LfV und des MAD ist in eine neue Phase eingetreten, nachdem drei Neonazis einen hollywoodmäßigen Ausstieg hingelegt haben.“ Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei schreibt zu GAR: „Angesiedelt ist es an zwei Standorten: In Meckenheim, am Sitz des Polizeilichen Staatsschutzes im Bundeskriminalamt, sollen die zuständigen Beamten des BKA und der Landeskriminalämter, in Köln am Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz die entsprechenden Mitarbeiter der Landesämter für Verfassungsschutz sowie der Militärische Abschirmdienst zusammenarbeiten. Die Behörden sollen sich in Foren über ihre strategischen Erkenntnisse, Lagebilder und operativen Maßnahmen wie etwa Observationen und Festnahmen austauschen.“ Hierbei fallen Parallelen zum Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum „GTAZ“ in Berlin-Treptow auf. Die Hauptkritik am GTAZ war und ist das grundgesetzlich eingeforderte Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst. Auf diesen Artikel im Grundgesetz bestanden vor allem die Alliierten. Es sollte in Deutschland nie wieder eine Geheime Staatspolizei, genannt Gestapo oder eine Nachfolgeorganisation anderen Namens geben. Der Zusammenschluss von Geheimdienst und Polizei, mit der eine nicht zu kontrollierende Konzentration von exekutive Gewalt einhergeht, ist mit der Demokratie nicht vereinbar. Dementsprechend schreibt auch die Linke-Abgeordnete weiter:

„Der eigentlich entscheidende Verstoß gegen das Trennungsgebot liegt darin, daß die Polizei Zugriff auf geheimdienstlich gewonnene Erkenntnisse bekommt, und andererseits die Geheimdienste die repressiven Maßnahmen der Polizei wesentlich beeinflussen können. Das war schon beim GTAZ und ist nun auch beim GAR möglich (...) Damit geht eine Zusammenlegung von Befugnissen auf Bundesebene einher. Die Zentralstellenfunktion des Bundesverfassungsschutzes wird gestärkt, indem die Landesämter nun alle ihre Erkenntnisse an das Bundesamt geben müssen.“

Das Rad des Staatsumbaus in Richtung Zentralisierung des Gewaltenapparates der Republik des Notstandes wird hiermit noch weiter gedreht. So kann auch unter staatlicher Aufsicht und militärischer Führung die „größte rechtsextreme Bewegung“, so Bundessprecher der VNBdA Ulrich Sander, weiter aufgebaut werden: der Heimatschutz, die Bundeswehr im Innern. In der neuen Konzeption der Reserve steht auch: „Neben

der Rolle der Reserve für die Personalgängung und -verstärkung sowie der Mittlerfunktion für die Bundeswehr in der Gesellschaft wird der Heimatschutz als wesentliche Aufgabe der Reserve gestärkt.“

Das Konzept „Heimatschutz“ wird gerade erstellt und in den nächsten Monaten veröffentlicht. Zugleich wird begonnen, die DDR als eine der Ursache für die Möglichkeit der Verbrechen der „Zwickauer Terrorzelle“ in die öffentliche Meinung, d.h. in die veröffentlichte Meinung hineinzutragen. Eine erste Keimzelle dieser Vermutung ist im Artikel „Geburt des Rechtsextremismus im StasiElternhaus“ vom 15.12.2011 in der WELT zu entdecken. Darin resümiert Thomas Auerbach, seit 2009 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Abteilung Bildung und Forschung: „Doch der Aktionismus der Stasi kam zu spät. (...) Zu lange war das MfS auf dem rechten Auge zumindest kurzsichtig gewesen. Die rechtsradikalen, ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Rostock, Hoyerswerda und anderswo in den neuen Bundesländern haben hier eine ihrer Ursachen.“

Dass Auerbach am 15. Dezember, einer Zeit, in der die Medien noch nicht über Wulff, sondern über die Nazimorde berichtete, brauchte die „Zwickauer Terrorzelle“ nicht explizit erwähnt zu werden, um deren Ursache mit Hilfe seines Artikels ebenfalls in der DDR ausfindig zu machen. Gleichzeitig wird fast unerwähnt gelassen, wer denn diesen skandalumwitterten Thüringischen Verfassungsschutz mit Leuten vom Schlage des westdeutschen Panzeroffiziers Helmut Roewer, der seit 1994 bis 2000 Präsident des Thüringischen Verfassungsschutz war und heute Bücher für faschistischen Verlage schreibt, aufgebaut hat nach 1990: In erster Linie der Brotgeber des „Kleinen Adolf“ sowie des mit falschen Pässen ausgestatteten untergetauchten Didier Magnien, also Hessen und Bayern.

Für das Verbot der NPD!

Für die Auflösung des Verfassungsschutzes!

Für die Auflösung des GAR, GTAZ, etc.!

Für die Auflösung des Heimatschutz!

„Nach der Wende kamen die hochkarätigen Altnazis – etwa Michael Kühnen, Manfred Roeder oder auch Jürgen Rieger – aus Westdeutschland alle hierher. Das war ein Potential von rechten Kadern, die auf junge Leute trafen, die nach neuer Orientierung suchten. Und dann haben wir es zu tun gehabt mit dem Neuaufbau eines Landesamtes für Verfassungsschutz, wo Karrieren gemacht wurden. Westdeutsche Beamte, die endlich Riesensprünge in ihrem persönlichen Fortkommen hatten. Und die waren stolz wie Bolle, wenn sie V-Leute nahe an der rechten Szene bzw. direkt darin installiert hatten. Tatsächlich haben sie im Endeffekt derart viel Geld in die Szene reingepumpt, daß sich deren Strukturen überhaupt erst festigen konnten.“

(Interview mit einem ehemaligen V-Mann-Besorger)

Lasst uns doch besser sozialistische Geschichtsbücher schreiben.

German

nnpd
NPD-Verbot jetzt!

Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik bietet Referenten an zum Thema
Reservistenverband, Bundesverband für Sicherheitspolitik an den Hochschulen, Heimatschutz,
Bundeswehr im Innern, Militarisation: info@jugendkongress-ndr.de

Aktionsbericht zum Tag der Pioniere

Am 22. Oktober fand in Ingolstadt ein „Tag der Pioniere“ statt. Die Jahre und Jahrzehnte zuvor war das immer der Tag der Reservisten. Angefangen beim Paradeplatz, einem zentralen Platz inmitten der Stadt, über den Schlosshof und umliegende Grünanlage sowie auch im Klenzepark war die Bundeswehr mit schwerem Militärgerät vertreten. Darunter auch die seit kurzem in Ingolstadt stationierte Gebirgsjägerereinheit. Unter den Militärgeräten und Panzern befand sich auch der Spührpanzer „Fennek“ den wir ja gut vom Einsatz gegen die Demonstration gegen den G 8- Gipfel in Heiligendamm kennen. Die Bevölkerung, die zumindest was den Teil der Veranstaltung in der Innenstadt betrifft, zahlreich vertreten war, nahm zu dieser öffentlichen Zurschaustellung des Militarismus eine gesplante Haltung ein. Neben Kritik und Ablehnung war bei einem Teil der Besucher auch ersichtliche Begeisterung für das deutsche Militär und den Kriegskurs des deutschen Imperialismus deutlich spürbar.

Wir machten gegen dieses Militärische Schauspiel und diese Reklame für den nächsten Krieg eine Aktion. Mit einem Transparent auf dem stand „Kein Krieg für Kapitalinteressen! Kein Krieg für Deutschland!“ plazierten wir uns direkt vor dem Paradeplatz und verteilten Flugblätter an die Bevölkerung. Interessant wurde es als die Polizei kam. Neben einem Streifenpolizisten kam recht bald ein uns bekannter Herr vom Staatsschutz um sich nach uns zu erkundigen. Es dauerte nicht lange, da gesellten sich auch vier Herren in Flecktarn und mit schwarzen Armbinden und dem Aufdruck „MP“ zu dem Streifenpolizisten und dem Herren von der Geheimpolizei. Die Herren zeigten sich sichtlich erstaunt über unsere Aktion da ihnen nichts von einer Anmeldung von Kriegsgegnern bekannt war. Also wurde nun in zäher Arbeit per Handy übers Internet geprüft ob hier nicht ein Verstoß gegen das bayerische Versammlungsgesetz vorliege. Soweit so gut, ließen sich die Herren davon überzeugen dass wir unsere Aktion ordnungsgemäß angemeldet hatten. Interessant war daraufhin die Aussage des Streifenpolizisten er sagte wir könnten ja ruhig unsere Zettel verteilen, aber sobald er etwas negatives von der Bundeswehr hören würde, wird er das „volle Programm“ fahren. D.h wir erhalten

jeder einen Platzverweis, unsere Flugblätter werden beschlagnahmt und das Transparent „sichergestellt“. Auf unsere Nachfrage worauf er sich denn rechtlich berufe solche Maßnahmen durchzusetzen, nur weil sich die Bundeswehr von unserer Aktion gestört fühlen könnte, bekamen wir zur Antwort: Wir würden jetzt hier nicht politisch diskutieren, die Bundeswehr und Er seien seit langem Kollegen da sei so etwas selbstverständlich! Sobald unsere Aktion das Zettel verteilen überschreitet würde er durchgreifen.

Im Klenzepark waren neben weiteren Panzern auch noch der Karrieretruck aufgebaut und eine Einheit der Sanitäter. Ebenso ein Zelt des Reservistenverbandes.

Unsere Aktion wurde von der Bevölkerung überwiegend positiv aufgenommen. Den von der Bundeswehr ausgestellten Spührpanzer „Fennek“ nutzen wir für unsere antimilitaristische Agitation. Einer von uns, stellte sich vor den Panzer und fragte die Leute ob sie wüssten wo denn dieser Panzer eingesetzt wird. Viele sagten: Ja klar Afghanistan. Wir erzählten ihnen dann vom Einsatz beim G 8- Gipfel und kamen so mit ihnen ganz gut über den Einsatz des Militärs im Inland ins Gespräch. Für viele war die Tatsache dass die Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird völlig neu und schockierend.

Alles in allem, kann man sagen war es eine rundum gelungene Aktion, die zeigte dass ein sehr großer Teil der Menschen in der BRD und in unserer Stadt keinerlei Ahnung davon hat, wie hier und heute der Krieg vorbereitet wird. Oder anders gesagt, denen nicht bewusst ist, dass der Krieg schon begonnen hat. Es zeigte sich aber auch, was für ein leeres, hohles Geschwätz es ist, die Bundeswehr als demokratische Institution, als cool, modern und dynamisch, wie sie bemüht ist sich den Jugendlichen zu demonstrieren, zu präsentieren. Die sogenannten „Staatsbürger in Uniform“ sind nicht in der Lage mit demokratischen Protesten gegen den Krieg und das Militär umzugehen. Aber das braucht ja auch niemanden verwundern. Wer auf andere Völker schießt, schießt schließlich auch auf das eigene Volk!

Marius



Material zum Notstand der Republik

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007

Preis je Broschüre: 2,00 €. Bestellung unter Angabe von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an Info@Jugendkongress-NdR.de

Weitere Materialien des Jugendaktionsausschuss-Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage

(www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de) und können von dort aus auch bestellt werden.



„Eine Frage von Krieg und Frieden: Scheitert Europa, scheitert Deutschland!“

(Der Tagesspiegel, 12.09.2011)

„Wir leben in finsternen Zeiten.....“ so schrieb einst Bertolt Brecht. Heute gilt das nicht nur für Griechenland, wo ein Pfund Butter bereits über 5 Euro kostet und viele Menschen schon Wochen und Monate lang keinen Lohn mehr gesehen haben, sondern zunehmend auch für immer mehr Menschen in der BRD. Immer weiter greift die Unsicherheit um sich. Kollabiert der Euro? Was geschieht mit meinen Ersparnissen? Kann ich meine Miete, meine Gesundheit noch bezahlen? Was wird aus meinen Kindern werden? Werden sie einen Ausbildungsplatz finden? Während die Not und die Sorgen um den täglichen Lebensunterhalt der Menschen die von ihrer Hände Arbeit leben müssen stetig steigt, triumphiert die Kanzlerin: „Wir“ seinen doch eigentlich sehr gut und glatt aus der Krise herausgekommen. Den Rettungspaketen und Rettungsschirmen sei Dank. Schließlich geht es doch um „unseren“ Wohlstand, um die Zukunft Europas... Aber wen meint sie mit „Wir“? Den modernen Tagelöhner, genannt „Leiharbeiter“ bei Audi? Die Krankenschwester im Krankenhaus? Die Frisöse von der Ecke? Die Rentnerin, die um über die Runden zu kommen, im Supermarkt Regale auffüllen muss? Rettungspakete. Die sind auch durchaus im „eigenen Interesse“ der Deutschen Bank. Nicht nur das durch sie die einfachen Menschen für sie die Krise bezahlen. Nein! Deutschland habe eine „Führungsverantwortung“ in Europa! (FAZ 30.09.2011)

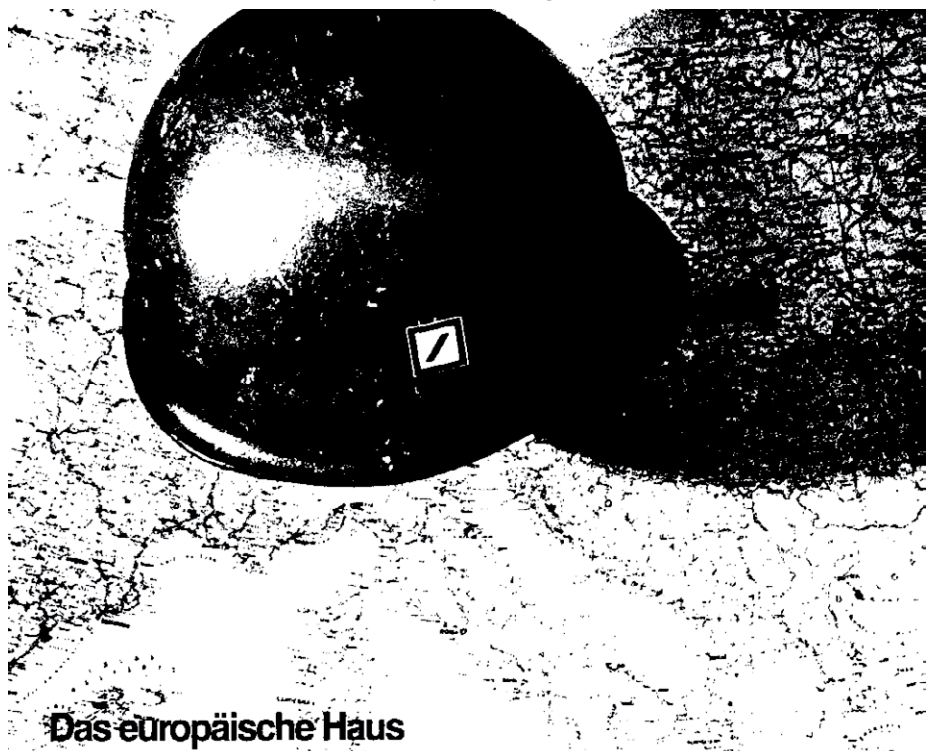
„Diese Reformen tragen den Charakter der deutschen Wirtschafts- und Haushaltspolitik.“

(SZ, 26./27.03.11)

Das was der BRD gut tut, könne ja auch den Völkern Europas nicht schaden. Oder? Aber tut „uns“ Hartz IV, tut uns die Privatisierung der Gesundheit, die Kahlschlagspolitik im Bildungssystem so gut? ... Ist es für die Menschen so gut, wenn sie Dank den Hartz-Gesetzen von ihrer eigenen Hände Arbeit nicht mehr leben können? Billiglohn, Arbeitslosigkeit, Hartz IV und der Ausverkauf der eigenen Wirtschaft, getreu der ökonomischen Abwicklung der DDR. Natürlich im Interesse deutscher Investoren! Zum Wohle des „ge-

meinsamen Haus Europas“! Das ist der Kurs, der den sogenannten „Schuldenstaaten“ aufgezwungen wird. *„Das griechische Volk kann wählen, was es will - wirklich ändern kann es nichts.“* So offen und brutal wird es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bereits ausgedrückt! (Griechisches Exempel; FAZ 30.06.2011)

Die Souveränität eines Landes, das Recht eines Parlamentes seine eigenen Entscheidungen zu treffen, diese Grundsätze der bürgerlichen Demokratie, wenn es ums Geld geht, zählt das alles nichts mehr. Noch drastischer drückt es die englische Tageszeitung „Daily Mail“ aus: *„Der Aufstieg des Vierten Reichs: Wie Deutschland die Finanzkrise nutzt, Europa zu erobern: Das Treffen Merkel- Sarkozy ist der erste Schritt zu einer Finanzunion, an deren Ende Deutschland die Finanzen Europas diktieren wird. Zweifelt nicht daran was Finanzunion heißt: Eine Wirtschaftspolitik, ein Steuersystem, ein System sozialer Sicherheit, Eine Schuld, eine Wirtschaft, ein Finanzminister. Und all das würde deutsch sein. Das würde einen Verlust an Souveränität mit sich bringen, den solche Länder (Griechenland, Irland,...) noch nicht erlebt haben, seit viele von Ihnen vor 70 Jahren unter dem Stiefel des Dritten Reiches lagen. Woran Hitler bei der Eroberung mit militärischen Mitteln scheiterte, das erreichen moderne Deutsche durch Handels- und Finanzdisziplin. Willkommen im Vierten Reich.“* (Daily Mail, August 2011)



Das europäische Haus

Der Frieden der zum Krieg führt

Wie schnell aber aus nicht-militärischen Mitteln, militärische werden, wie schnell der Frieden unter deutscher Führung zum Krieg werden kann, das hat die Geschichte der letzten großen Weltwirtschaftskrise aller Welt vor Augen geführt. Der Euro ist des öfteren, als Frage von Krieg und Frieden bezeichnet worden. Das taucht in letzter Zeit wieder auf, in Kommentaren kann man lesen, dass der Frieden in Europa „kein Naturgesetz“ sei. (SZ, 16.05.11). In den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 wurden sogenannte „schwache Staaten“ als einer der Einsatzgründe für die Bundeswehr benannt. Schwache Staaten? Etwa wenn der griechische, irische, spanische,... Staat „zu schwach“ ist weiter die enormen Zinsen für die deutschen Kredite aus der Bevölkerung herauszupressen? Wenn sie nicht mehr stark genug sind, den wachsenden Widerstand der Völker gegen die aufgezwungenen Spardiktate mit den Gewaltmitteln des eigenen Staates zu zerschlagen?

Rohstoffe und Absatzmärkte, das sind schon seit langem Einsatzgründe für die Bundeswehr. Die Sicherung der Interessen deutscher Banken und Konzerne, gehört nicht erst zur Aufgabe der Bundeswehr seit es der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler offen ausgesprochen hat.

Werden die Herrschenden um aus der aktuellen Krise Herauskommen den Krieg brauchen? So wie in der Weltwirtschaftskrise von 1913 und von 1929? Wir wissen es nicht. Aber gewarnt sollten wir sein, wenn einer der mächtigsten deutschen Wirtschaftsbesitzer, der Chef des Oetker Konzerns eine Zeitschrift herausgibt, in der von einer neuen „Ära des

Energie und Rohstoffimperialismus“ gesprochen wird. Wenn der Ökonomenobelpreisträger Paul Krugman den zweiten Weltkrieg als „*großes öffentliches Beschäftigungsprogramm*“ bezeichnet, mit dem es gelingt die „*Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien*“ und die FAZ (März 2009) von einem „*Konjunkturprogramm Weltkrieg*“ spricht. Da sollten doch wirklich die Alarmglocken läuten!

Der renommierte Sozialhistoriker Eric Hobsbawm befürchtet: „*Alles ist möglich. Inflation, Deflation, Hyperinflation. Wie reagieren die Menschen, wenn alle Sicherheiten verschwinden, sie aus ihrem Leben hinausgeworfen, ihre Lebensentwürfe brutal zerstört werden? Meine geschichtliche Erfahrung sagt mir, dass wir uns - ich kann das nicht ausschließen - auf eine Tragödie zubewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg, der dann zum Weltkrieg werden würde.*“ (Stern, Mai 2009)

Auf ein solches Szenario bereiten sich die Herrschenden hierzulande bereits gründlich vor. Unter der Bezeichnung „Zivil- Militärischer- Zusammenarbeit“ werden zivile Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, der Arbeiter- Samariter-Bund, DLRG,... unter den Dienst des Militärs gestellt. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Großschadensereignissen“ wird die Bundeswehr gegen Demonstranten wie bei der jährlichen Nato- Sicherheitskonferenz oder dem G8 Gipfel in Heiligendamm, eingesetzt. Und auch der Einsatz gegen Streikende Arbeiter wird geübt. Um Deutschlands Führungsverantwortung in Europa und der Welt wahrzunehmen, wird Deutschland nicht nur am Hindukusch verteidigt sondern die Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee umgebaut.

In Schulen, Arbeitsagenturen, Berufsinformationszentren, auf den Straßen und Plätzen der Republik, rekrutiert die Bundeswehr die Soldaten für ihre künftigen Kriege. Jugend und Arbeitslose in den Krieg. Als Kanonenfutter, als Zinseintreiber für die Interessen deutscher Banken und Konzerne. Das ist wahrlich eine „*Karriere mit Zukunft!*“

Zweimal beanspruchte Deutschland eine Führungsrolle. Beide male endete es in einer riesigen Katastrophe!

Für die Verteidigung der Souveränität der Europäischen Völker! Nein zum Europa der Deutschen!

Schluss mit Militarismus und Werbung für die Bundeswehr! Bundeswehr raus aus Bildungseinrichtungen und Arbeitsagenturen! Schluss mit dem Militarismus auf den Straßen und Plätzen der Republik!

La Resistance- antifaschistische Jugendgruppe

Kontakt: la-resistance-info@web.de



Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen!

oder Für eine Zivilklausel statt für eine Geisteswissenschaft im Dienste der „Armee im Einsatz“

7.12.2011
19:00

An zahlreichen deutschen Universitäten wird gegenwärtig um die Einführung so genannter Zivilklauseln gerungen und gestritten, in der Berichterstattung ist bereits von einer „Zivilklauselbewegung“ die Rede. Die Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung wissenschaftlicher Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich zivile und friedliche Zwecke zu verfolgen. Dies sollte nicht zuletzt eine Konsequenz aus dem deutschen Faschismus sein, da die Wissenschaft sowohl in dieser Zeit als auch davor für die Rüstungs- und Kriegslehre/-forschung, also letztlich für Verbrechen gegen die Menschheit, in Dienst genommen wurde. Erst vor kurzem hat sich der Landesparteitag der SPD Hessen für eine „Zivilklausel in bundesweit allen Hochschulgesetzen“ ausgesprochen. Außerdem forderten die Delegierten die „Abschaffung aller JugendoffizierInnen und ein Ende jeder Kooperation von Militär und Schulen“: „Die Bundeswehr darf keine Veranstaltungen an Schulen und Hochschulen durchführen“, hieß es.

Wir wollen bei unserer Informationsveranstaltung zunächst erfahren, in welche Richtung sich die Bundeswehr seit dem Anschluss der DDR entwickelt hat, wie die Zivilklauselbewegung entstanden ist und wo sie heute steht. Weiterhin wollen wir herausfinden, ob am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg möglicherweise kriegsrelevante Forschung betrieben wird. Immerhin wurde die akademische Einrichtung vor zehn Jahren von Prof. Dr. Ralf Zoll etabliert, der 1974 an der Gründung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SoWi) beteiligt war und dieses bis 1983 leitete. Das Zentrum für Konfliktforschung ist zudem in das „Netzwerk Interventionskultur“ integriert, zu dem auch der maßgeblich von der Bundeswehr gestaltete Studiengang „Military Studies“ der Universität Potsdam gehört.

Dr. Peer Heinelt
Vortrag „Friedens und Konfliktforschung“

Im „Netzwerk Interventionskultur“ erforschen Geistes- und Sozialwissenschaftler westliche Militärinterventionen mit dem Ziel, diese zu optimieren. Wie die Protagonisten des Netzwerks schreiben, geht es ihnen explizit nicht darum, zu diskutieren, ob – etwa in sogenannten Failed States wie Afghanistan – „internationale Einmischung legitim ist oder nicht“, sondern um Politikberatung für den Erfolg der Einmischung: „Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, dass Interventionen, wenn sie neue, bessere Gesellschaftsformen hinterlassen sollen, ... nicht nur aus politischer und militärischer Perspektive untersucht werden müssen, sondern auch aus einer soziologischen: Wenn Gesellschaften ‚gebaut‘ werden sollen, sollten Gesellschaftswissenschaftler sich dafür interessieren.“

AK Zivilklausel Frankfurt

Vortrag **„Militarisierung der Gesellschaft und Widerstand an den Hochschulen“**

Die Transformation der Bundeswehr in eine global agierende Eingreif- und Besatzungstruppe steht für die Vertreter des Netzwerks folgerichtig ebenfalls nicht zur Debatte – liefert die „Intervention“ ihrer Ansicht nach doch die „Sinnstiftung für die neue Armee der Bundesrepublik Deutschland“. Anhand des „Netzwerks Interventionskultur“ wird der Referent Peer Heinelt zeigen, wie tief die in den zitierten Äußerungen zum Ausdruck kommende neokolonialistische Attitüde bereits im Wissenschaftsbetrieb und insbesondere in der sogenannten Friedens- und Konfliktforschung verankert ist.

Unsere Veranstaltung soll ein erster Schritt sein, um den „Geist der Zivilklausel“ auch an der Universität Marburg lebendig werden zu lassen. Voraussetzung hierfür ist zunächst die kritische Auseinandersetzung mit Forschung und Lehre. Die juristische Etablierung einer Zivilklausel kann dann ein Instrument sein, mit dem wir als Studierende, Lehrende und Angestellte auf zivile und friedliche Lehre und Forschung im Dienste der Menschheit dringen können – anstatt für Tod und Zerstörung zu arbeiten.

V.i.S.d.P.R: Alan Ruben van Keeken c/o AstA JLU Gießen

Raum 110 im Hörsaalgebäude (Biegenstrasse 14)

AK Zivilklausel Frankfurt
<http://antimilffm.blogspot.de/>

Grußwort vom

AK Zivilklausel
An den Gießener Hochschulen



FÜR DEN DEUTSCHEN STAATSBANKROTT! NEIN ZUR RETTUNG DER REICHEN!

Die Zeitungen sind voll von Berichten über Gipfeltreffen, Konferenzen und Konsultationen, auf denen über die Rettung Griechenlands, des Euros, der Banken und ganz Europas gesprochen wird. Aber wer soll hier eigentlich vor wem gerettet werden? Oder besser:

Was soll hier für wen gerettet werden?

Was ist eigentlich der Staat?

Allgemein meint man immer man hätte eine Vorstellung davon, was der Staat ist. Stellt man sich allerdings die Frage wozu der Staat eigentlich notwendig ist, wird es schon schwieriger. Der Schlüssel zur Lösung dieser Frage liegt in einer weiteren Frage: Hat es schon immer einen Staat gegeben? Diese Fragen wird jeder von uns mit NEIN beantworten können. Wir haben schon von Zeiten gehört, wo es Menschen, aber keinen Staat gab.

Die ersten Staaten sind mit dem Beginn der Sklavenhaltergesellschaft entstanden, also zu einem Zeitpunkt, als erstmals in der Geschichte der Menschheit eine Minderheit über eine Mehrheit herrschte. Diese Minderheit brauchte natürlich einen Apparat, mit dem sie über diese Mehrheit herrschen konnte und das war die Geburtsstunde des Staates.

Seither hat sich viel geändert, aber im Grunde ist der Zweck des Staates geblieben, nämlich ein Herrschafts-instrument, bestehend aus Armee, Polizei, Gerichten, Gefängnissen und vielem mehr.

Auch der Staat in dem wir heute leben, erfüllt nur diesen Zweck: uns nieder zu halten im Interesse einer Handvoll Großkonzerne und Banken.

Deswegen haben wir bei einem Staatsbankrott nichts zu verlieren, außer unsere Ketten. Vorausgesetzt, dass wir die Sache in die Hand nehmen, um daraufhin zu arbeiten, dass Klassen, Klassenherrschaft und damit auch der Staat unnötig werden.

Kommen diese Rettungspakete uns zugute oder den Völkern in Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Italien und anderswo?

Ist dadurch unser Sparbuch sicher, bekommen wir dadurch ein besseres Bildungssystem, werden die Sozialkassen aufgestockt, bekommen unsere Eltern mehr Lohn und wir mehr Taschengeld? Nein, genau darum geht es nicht! Was hier gerettet wird sind die Zinseinnahmen der Deutschen Banken. Hier wird der deutsche Euro gerettet - um die anderen Völker Europas weiter ausplündern zu können, hier wird der Profit von BASF, Siemens, Daimler und Co. gerettet, **hier wird einzig und allein das kapitalistische System gerettet!**

Die Herrschenden fordern: Occupy Griechenland – für ein deutsches Europa

Wir antworten: Für den deutschen Staatsbankrott – den Arbeitern die Macht

Die ausländische Presse schreibt längst vom deutschen Diktat über Europa. So meldet z.B. die Britische Daily Mail im August 2011:

„Der Aufstieg des Vierten Reichs.“

Wie Deutschland die Finanzkrise nutzt, Europa zu erobern.

Das Treffen Merkel-Sarkozy ist der erste Schritt zu einer Finanzunion, an deren Ende Deutschland die Finanzen Europas diktieren wird. [...] Das würde einen Verlust an Souveränität mit sich bringen, den solche Länder (Griechenland, Irland, ...) noch nicht erlebt haben, seit viele von Ihnen vor 70 Jahren unter dem Stiefel des Dritten Reiches lagen. Woran Hitler bei der Eroberung mit militärischen Mitteln scheiterte, das erreichen moderne Deutsche durch Handels- und Finanzdisziplin.

Willkommen im Vierten Reich.“

Unter dem Vorwand Europa retten zu wollen, greift die BRD die Souveränität Griechenlands, Irlands, Spaniens, Portugals und weiterer an.

Dadurch ist der Frieden in Gefahr. Und das ist für uns der Hauptgrund diesem Staat den Bankrott zu wünschen. Deswegen stehen wir an der Seite aller Völker Europas, die schon heute bitter für die Rettungspakete zahlen. Und die sich wehren.

In Griechenland folgt Generalstreik auf Generalstreik, in Spanien und Portugal ist das Volk auf den Straßen.

Wir sollten Ihnen schnellstens folgen!

Denn keines dieser Rettungspakete rettet uns oder beschert uns eine bessere Zukunft.

Wir müssen uns selber retten!

Wenn wir nicht mit dem System gehen wollen, müssen wir sorgen, dass das System bankrott geht!



Arbeiter von Daimler Bremen unterstützen Aufruf zum Aktionstag 2011

Nieder mit der Regierung der Deutschen Bank und Co. - für den Deutschen Staatsbankrott

Weitere 138,2 Milliarden Euro (Anteil BRD am 400 Milliarden „Rettungsschirm“) sollen zur Rettung des kapitalistischen Systems für Deutsche Bank und Co. aus dem Steueraufkommen von Arbeitern und Werktätigen entwendet werden, auch wenn es sich vorerst „nur“ um Bürgschaften handelt.

*Reicht es da noch zu schreien: „Nicht auf unsere Kosten!“ Die Frage die wir Arbeiter uns stellen müssen, lautet entweder die oder wir. Die Kapitalisten werden uns in den Bankrott treiben. Darum müssen wir **ihren** Bankrott verlangen. Gegen die Ausplünderung und Umverteilung des Nationaleinkommens müssen wir uns wehren, genauso wie die Arbeiterbewegung in ganz Europa.*

Solange wir es nicht tun, vergrößern wir das Elend in Form von Arbeitslosigkeit, Hartz 4 und die Plünderung der Sozialkassen.

Damit muss Schluss sein!

Jede Milliarde aus dem Staatshaushalt für das Volk, keine für die Deutsche Bank & Co.!

Für die Enteignung der Deutschen Bank, Siemens, Daimler & Co.!

Für den Deutschen Staatsbankrott!

Darum raus auf die Straße am 1. Dezember 2011.

Raus zum bundesweiten Aktionstag gegen die weiteren Ausplünderungen unserer Sozialkassen.

Wir fordern Euch auf, lasst uns gemeinsam den Widerstand organisieren, dass unsere Kollegen teilnehmen am Kampf für eine gerechtere Welt, die mit einer Regierung die nur die Reichen rettet, nicht zu bekommen ist. Arbeits- und Koordinierungsausschuss der ersten Arbeiter und Gewerkschafter Konferenz gegen den Notstand der Republik

Manchmal ist es besser zweimal hinzu-schauen! Z.B. auf die Occupy-Bewegung in der BRD

Ohne den gemeinsamen Kampf derjenigen, denen dieser Staat nicht gehört, denen hier gar nicht gehört, wird's nicht gehen!

Wir -Jugend, Auszubildende und Arbeiter- müssen uns zusammenschließen und diesen Kampf führen. Nur zu fordern, die Finanzwirtschaft zu bändigen, das wird uns nicht helfen. Dieses System ist kaputt und nicht mehr reparierbar. Bankrott ist bankrott. Nicht der "böse, gierige Banker" ist das Problem, sondern der Kapitalismus. Und deswegen ist uns auch nicht damit geholfen, zu fordern, dass man die "Gier stoppt" oder dass man wieder "im Sinne der Menschen wirtschaftet". Krieg und Krise gehören zum Kapitalismus wie der Fisch zum Wasser. Und daher müssen wir den Kapitalismus überwinden und nicht nur die "Finanzhaie".

Die Herrschende Klasse hat sich längst zusammengeslossen und organisiert – gegen uns! Da hilft es nicht als Individuum auf die Straße zu gehen.

Deshalb organisiere Dich und kämpfe mit gegen Faschismus und Krieg!



Deswegen am 1. Dezember 2011 raus auf die Straße

Demonstration

**Nieder mit der Regierung der Deutschen Bank und Co
Für den Deutschen Staatsbankrott**

Start: 14h Daimler, Tor 7 (Hermann-Koenen-Str.)

Kundgebung: ca. 14.30h, Einkaufszentrum Berliner Freiheit (Kurt-Schumacher-Allee)

Kundgebung: ca. 15.45h, Hauptbahnhof (Investorengrundstück)

Kundgebung: ca. 16.30h, Gröpelinger Heerstraße Ecke Ohlenhof (H: Lindenhofstraße 2,10)